

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Monatszeitschrift mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
unter der Frauen- und Jugendzeitung einföhlig. Dringender monatlich 80 Pf.  
Zum 1. April beginnen vierfachl. Nr. 2,75, unter Kreisband für Deutschland und  
Ostpreußen M. 5.— Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur während von 12 bis 1 Uhr.  
Spedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzte Zeitung mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsserien 25 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37.

Dresden, Freitag den 14. Februar 1913.

24. Jahrg.

Eine stark besuchte Holzarbeiterversammlung in Dresden nahm gegen eine starke Minorität den in Berlin gefällten Streikbeschluss an. Die Unternehmer lehnten ihn gegen fünf Stimmen ab.

In Langenreinsdorf bei Auerbach kamen drei Personen in einer Hängergruppe um.

In einer Kohlengrube zu Greifswald bei Bornsdorf sind drei Bergarbeiter verschüttet worden und infolge hereinbrechender Wassermassen ertrunken.

Noch den Aussagen seines ehemaligen Arbeitgebers ist der Förderkunstschlag sogar in christlich-sozialen Betrieben nicht zu brauchen gewesen.

Aus Konstantinopel berichtet, daß der Initiativvorschlag des türkischen Gesandtschafts in London zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen gescheitert ist.

## Der belgische Wahlrechtswahlkampf.

Brüssel, 12. Februar 1913.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hat das sogenannte "Große Comité", das die belgischen Arbeiterorganisationen mit der Führung des Wahlrechtswahlkampfes und der Vorbereitung des Generalstreiks beauftragt haben, beschlossen, daß der politische Klassenkampf am Montag den 14. April anstrengt soll.

Der Beschuß wurde einstimmig gefasst, bis auf die Zimmertafel der zehn Delegierten des Industriebezirks Charleroi, die von den dortigen Organisationen den Auftrag erhalten hatten, ein früheres Datum — womöglich Ende Februar, spätestens aber den 31. März — zu beschließen. Nach der Abstimmung erklärte jedoch in ihrem Namen der Bergarbeiter Falon, daß sie bei den Arbeitern ihres Bezirks dafür eintreten werden, daß der Beschuß der Mehrheit rezipiert und jede vorzeitige Bewegung vermieden wird.

Wenn das Comité das Datum des 14. April genehmigt hat, so hat es dafür gewichtige Gründe gehabt. Erstens war man sich darüber einig, daß ein präziser Zeitpunkt für den Anfang des nunmehr unvermeidlich gewordenen Streiks angezeigt werden mußte, und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf die psychologische Einwirkung sowohl auf die Teile der Arbeiterschaft, die es bis jetzt bei der Vorbereitung zum Generalstreik an der erforderlichen Entschiedenheit fehlten liegen, weil sie glaubten, es werde am Ende doch bei der Drohung mit dem Generalstreik bleiben, wie auf jene Kreise des Proletariats, die ungeduldig sind, und von denen man mit Recht befürchten könnte, daß sie vorzeitig in partiale Streiks eintreten würden, wenn ihnen nicht durch das Ansetzen eines Termins eine moralische Würde gegeben wird, daß man ihre Ungebühr auf keine allzu lange Probe stellen will. Letztere Erwagung ist vor allem in Bezug auf die wallonischen Bergarbeiter von Gewicht, da die Grubenherren die durch die Vorbereitung zum politischen Klassenkampf geschaffene Lage ausnutzen, um die Löhne — trotz der enorm steigenden Kohlenpreise und Dividenden — niedrig halten und zum Teil sogar zu schmälern.

Bei der Wahl des Zeitpunktes waren nun hauptsächlich

folgende Momente zu berücksichtigen, aus deren Kombination sich die Wahl des 14. April ergab: einerseits durfte der Streik wegen der Ungewissheit über die Fortdauer der jeweils überaus günstigen industriellen Konjunktur, der durch die unverhältnismäßige Haltung der Regierung noch erheblich gefeuerte Kampfesfeuer der Arbeiterschaft und der damit zusammenhängenden Gefahr vorzeitiger spontaner Bewegungen nicht zu lange mehr verschoben werden, andererseits wäre es ungünstig, nicht noch einige Wochen zu warten, und zwar in erster Linie wegen der Vorbereitungen zum Streik und wegen der Wirkung auf die Geschäftslage noch vor dem Beginn des Kampfes.

Was die Vorbereitungen betrifft, so gibt sich allerdings in den Kreisen der belgischen Arbeiterpartei niemand der Täuschung hin, daß eine derartige politische Massenbewegung, bei der eine halbe Million Arbeiter einer vielleicht wochenlangen Kampfes zu führen haben wird, nach denselben Grundlagen (im Bezug auf die Sicherung einer normalen Streitunterstützung durch die Organisation) vorbereitet und geführt werden kann, wie etwa eine gewerkschaftliche Lohnbewegung. Es ist übrigens eine von vornherein beklagte Sache gewesen, über die zu diskutieren man gar nicht einmal für notwendig gehalten hat, daß während des Generalstreiks kein Centime an gewerkschaftlicher Streitunterstützung ausgezahlt werden soll, denn erstens wäre das trotz der glänzenden Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung in jüngster Zeit nicht viel mehr wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, und zweitens wäre auch der glänzendste Sieg im Wahlrechtswahlkampf viel zu teuer erkauft, wenn er die Gewerkschaften nachher mit leergepumpten Taschen der Nachlässigkeit und dem Profiteur der Unternehmerschaft wehrlos dreigesetzt würde. Aber so wenig auch ein derartiger politischer Massenkampf wie ein Reckenexample mit Unterstützungsstrichen behandelt werden darf, so unerlässlich ist es für seinen guten Verlauf, daß wenigstens über so viel Geld verfügt wird, daß die organisierten Arbeiter, die vorher gefaßt haben, keine Gefahr laufen, ihre Gewerkschaften verhängen zu leben, und daß auch die katholische Partei, die erst im letzten Augenblick in die Bewegung mitgerissen werden, gefährdet werden kann. Und wenn auch seit der Zeit, wo die Arbeiterpartei zum ersten Male den Ruf zum Sparen an die belgische Arbeiterschaft ergehen ließ und dafür mit Hilfe der Genossenschaften ein ganzes Netz spezieller Organisationen schuf, die organisierten Arbeiter bereits ein recht hübsches Hauflein Geldes zusammengebracht haben, so soll doch nicht verleugnet werden, daß die große Masse der noch nicht organisierten Arbeiter bis jetzt sehr wenig gefaßt hat, eben weil sie noch nicht an den Generalstreik als an ein sicheres, nahe bevorstehendes Ereignis glaubte. In der Einstellung werden die zwei noch verfügbaren Monate noch recht gut ausgenutzt werden können.

Noch wichtiger vielleicht als dieses Moment ist das der Einwirkung der Streidrohung auf die Geschäftslage und dadurch auf die bürgerliche öffentliche Meinung. Eine derartige Bewegung gehört auch in diesem Sinne zu den Ereignissen, die ihre Schatten vorauswerfen, daß nicht nur der Kampf selber, sondern auch die Artige des Kampfes, die Rüstung zu ihm, bereits vorher eine große Wirkung

ausübt. Die wahlrechtstreuen Petitionen von Handelskammern, Unternehmerorganisationen und ähnlichen Verbänden an das Parlament, die versöhnliche Rede des liberalen Ministerialvertreters Theodore in der Abgeordnetenkammer, die Berichte über eine königliche Intervention als das Resultat eines von einflussreichen Industriellen- und Kaufleutekreisen ergriffenen Initiativs angestammten der Verfassungskommission, daß alles sind wohl nur die ersten politischen Manifestationen der Unruhe in der Geschäftswelt, die sich ökonomisch bereits seit Monaten in dem fortgesetzten Abschwung der meisten Verbrauchsartikel äußert. Als erlösendster Umstand kommt hinzu, daß im April die Weltausstellung in Gent eröffnet werden soll, von der man erwartet, daß sie einen ungeheueren Zustrom an Fremden nach Belgien ziehen wird, besonders in den ersten Tagen, da dann die — als "Clou" des groß angelegten Unternehmens angekündigte — internationale Blumenausstellung stattfinden soll, die der Natur der Sache wegen nicht einmal auf Tage verschoben werden kann.

Zu erwähnen ist schließlich noch, daß die Österreicher des Parlaments normalerweise höchstens Mitte April zu Ende gehen sollen, so daß die Sitzung, der Streik würde zu einer Zeit vor sich gehen, wo das Parlament nicht versammelt ist, nicht besteht, es wäre denn, die Regierungsmehrheit würde die Sessionseröffnung absichtlich verschieben — ein Streik, den sie wohl kaum wagen wird, da ihre Macht wirklich nicht groß genug ist, um sich den Kurzus eines derartigen provokatorischen Vorgehens krautfest zu führen.

In einem Manuskript an die Bevölkerung Belgiens, dessen Text am Schluss der Komiteesitzung festgelegt wurde, wird der Beschuß, den Streik am 14. April einzufangen zu lassen, mitgeteilt und mit den notwendigen Kommentaren versehen, damit vor allem nichts von dem verläuft werde, was zu der Vorbereitung eines "friedlichen, aber ungeheuren und unmöglichlichen Generalstreiks" notwendig ist. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Generalstreik des Allscholonsus die beste Vorbereitung zum Generalstreik der Arbeit ist. Um Zusammenhang hiermit sei mitgeteilt, daß die letzten statistischen Berichte der Regierung darauf hinweisen, daß die Produktionsmengen in den Brauereien, besonders was die billigeren von der Arbeiterschaft konsumierten Biere betrifft, seit einigen Monaten überall ganz erheblich zurückgegangen sind, so daß viele große Brauereien sogar einen Teil ihrer Arbeiter entlassen haben.

So bereitet sich das belgische Proletariat zu einem Kampfe, aus dem das internationale Proletariat wichtige Kämpferin wird ableiten können.

## Das christliche Martyrium des Mörders.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 13. Februar.

Der christliche Märtyrer, wie der Märtyrer Schuhmachers im liberalen Jargon heißt, entpuppt sich, je genauer man sein Vorleben durchforstet, als ein ganz zweifelhafter Patron. Schon die Ausführung der Tat enthält so viel bedachte Grausamkeit, lang vorbereitete Tücke, daß der Gedanke an seelische

Weise jede einzelne Tätigkeit des Arbeiters am einfachsten und zweckmäßigsten ausgeführt werden könnte. Denn gerade die Arbeiter haben das größte Interesse daran, daß die Arbeitzeit, zu der sie bereitstehen, intensiv ausgenutzt wird, daß sie durch ungünstige Arbeitsmethoden nicht unnötig Kraft vergeuden und den Arbeitsertrag mindern. Wenn Taylor meint, daß die Arbeitersorganisationen deswegen sich gegen diese Verteilungen wehren würden (von anderen Motiven abgesehen), weil sie befürchten, daß eine größere Produktivität der Arbeit noch mehr Menschen arbeitslos machen würde, so ist das ganz einleuchtig. Die Scheißblödigkeit infolge verfehlter Arbeitsmethoden wird durch Überbelastung der Arbeitstags bestätigt und es wäre ebenso funktional, ja noch törichter, sich gegen eine verfehlte Technik der Arbeitsteilung zu wehren, wie sich der Verbesserung der Maschinen zu widersetzen.

Das technische System Taylors besteht darin, durch genaue, unendlich mühselige Beobachtungen für jede Spezies fertiggestellten, wie sie gefertigt werden must, um bei geringstem Aufwand die größte Arbeitsteilung herzorzubringen. Der Arbeiter, der nach Herkommen, nach "Haustypen" oder auf Grund eigener Erfahrungen die ihm aufgetragene Arbeit benötigte, soll unter die Fassung des Ingenieurs gestellt werden, der sich zur Leidenschaft gemacht hat, die Arbeitstechnik wissenschaftlich zu zergliedern und auf ihre höchste Produktivität zu vereinfachen. Der Ingenieur weiß „daß in jeder kleinen Handlung, jedem Griff eines Arbeiters eine Wissenschaft steht.“ Es gilt zum Beispiel, um aus den verschiedenen Taylors ein rein technisches zu wählen, insowein eine Wissenschaft des Schaufels, als zu ermitteln wäre, ob ein Arbeiters täglich mehr leisten könnte, wenn er jedesmal 2, 3, 4, 5, 10, 15 oder 20 Kilogramm auf seine Schaufel nimmt. Auf dem Weihenstephan-Stahlwerken, auf denen Taylor seine Vergütung angelegt hat, wurde auf diese Weise ermittelt, daß die größte Leistung vom Arbeiter erreicht wird, wenn er eine Durchschnittslast von 9½ Kilogramm auf die Schaufel nimmt. Aus diesem wissenschaftlichen Ergebnis folgerte, da die zu schaufelnden Stoffe verschieden schwer sind, von selbst die Richtigkeit, daß die zu sehr verschleudernde Schaufel für die verschiedensten Materialien herzustellen, so eine kleine Schaufel für die schweren Erze und eine große für Erbstohlen, die sehr leicht von der Schaufel herumgeworfen werden. Damit ist die Wissenschaft des Schaufels noch bei weitem nicht erschöpft. Wenn der Arbeiter schon die richtige Schaufel hat und das richtige Gewicht kennt, so muß er sie aus, richtig in die Hosen hineinstecken und wieder herausziehen können. Darüber hinaus genaue Beobachtungen und Messungen angezeigt, bis schließlich das richtige Verhältnis fest ergibt.

Insoweit Taylor bemüht ist, durch das Studium der Erfahrungstatsachen wissenschaftlich für jede Tätigkeit das Geist der geschicktesten Handgriffe zu finden, verbietet seine Beobachtungen einen Würdigang. Kein vernünftiger Arbeiter und keine einsichtige Arbeitersorganisation wird sich dem Unternehmen widerlegen, durch fortwährende wissenschaftliche Untersuchungen zu ermitteln, in welche-

Die Grundlage wissenschaftlicher Betriebstechnik (The Principles of Scientific Management). Von Frederick Winslow Taylor. Deutsche autorisierte Ausgabe von Dr. jur. Rudolf Roseler, München und Berlin, Verlag von R. Oldenbourg, München 1918. (Preis 2,50 M.)

Weise jede einzelne Tätigkeit des Arbeiters am einfachsten und zweckmäßigsten ausgeführt werden könnte. Denn gerade die Arbeiter haben das größte Interesse daran, daß die Arbeitzeit, zu der sie bereitstehen, intensiv ausgenutzt wird, daß sie durch ungünstige Arbeitsmethoden nicht unnötig Kraft vergeuden und den Arbeitsertrag mindern. Wenn Taylor meint, daß die Arbeitersorganisationen deswegen sich gegen diese Verteilungen wehren würden (von anderen Motiven abgesehen), weil sie befürchten, daß eine größere Produktivität der Arbeit noch mehr Menschen arbeitslos machen würde, so ist das ganz einleuchtig. Die Scheißblödigkeit infolge verfehlter Arbeitsmethoden wird durch Überbelastung der Arbeitstags bestätigt und es wäre ebenso funktional, ja noch törichter, sich gegen eine verfehlte Technik der Arbeitsteilung zu wehren, wie sich der Verbesserung der Maschinen zu widersetzen.

Das technische System Taylors besteht darin, durch genaue, unendlich mühselige Beobachtungen für jede Spezies fertiggestellten, wie sie gefertigt werden must, um bei geringstem Aufwand die größte Arbeitsteilung herzorzubringen. Der Arbeiter, der nach Herkommen, nach "Haustypen" oder auf Grund eigener Erfahrungen die ihm aufgetragene Arbeit benötigte, soll unter die Fassung des Ingenieurs gestellt werden, der sich zur Leidenschaft gemacht hat, die Arbeitstechnik wissenschaftlich zu zergliedern und auf ihre höchste Produktivität zu vereinfachen. Der Ingenieur weiß „daß in jeder kleinen Handlung, jedem Griff eines Arbeiters eine Wissenschaft steht.“ Es gilt zum Beispiel, um aus den verschiedenen Taylors ein rein technisches zu wählen, insowein eine Wissenschaft des Schaufels, als zu ermitteln wäre, ob ein Arbeiters täglich mehr leisten könnte, wenn er jedesmal 2, 3, 4, 5, 10, 15 oder 20 Kilogramm auf seine Schaufel nimmt. Auf dem Weihenstephan-Stahlwerken, auf denen Taylor seine Vergütung angelegt hat, wurde auf diese Weise ermittelt, daß die größte Leistung vom Arbeiter erreicht wird, wenn er eine Durchschnittslast von 9½ Kilogramm auf die Schaufel nimmt. Aus diesem wissenschaftlichen Ergebnis folgerte, da die zu schaufelnden Stoffe verschieden schwer sind, von selbst die Richtigkeit, daß die zu sehr verschleudernde Schaufel für die verschiedenen Materialien herzustellen, so eine kleine Schaufel für die schweren Erze und eine große für Erbstohlen, die sehr leicht von der Schaufel herumgeworfen werden. Damit ist die Wissenschaft des Schaufels noch bei weitem nicht erschöpft. Wenn der Arbeiter schon die richtige Schaufel hat und das richtige Gewicht kennt, so muß er sie aus, richtig in die Hosen hineinstecken und wieder herausziehen können. Darüber hinaus genaue Beobachtungen und Messungen angezeigt, bis schließlich das richtige Verhältnis fest ergibt.



zum dem Wasserfall gestoßen habe, vielmehr hätte der Eingebohrte mit seinem Kopf das Wasserfall gestoßen! Einige Eingebohrte haben den Angeklagten offenbar schwer belastet, denn er erklärte, er sei bei Antritt seiner Tätigkeit von seinen Arbeitern darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Leute auf dem betreffenden Betriebe infolge der Ungeeignetheit seines Vorfängers sehr verbummelt wären und daß er sie scharf zur Arbeit anzuhalten hätte; das habe er getan, von Blitzenhandlungen könne aber nicht die Rede sein.

Das Gericht sprach den Röhling, der die Eingebohrten, um sich demerkbar zu machen, mit Steinen beworfen, frei, und die Röhrlingsbücher Zeitung findet es hoch bedauerlich, daß solche Hingebungspunkte des Obambo immer wieder bei dem Raumabkommen für Schäden und ihn zum Einschreiten mögen, sogenannter Blitzenhandlungen veranlassen. Dem Kommissar wird dann geraten, den Kampf gegen Windmühlen endlich aufzugeben. Klein winnen die Steine, mit denen der Aufseher geworfen hat, nicht gewesen sein, denn sonst wären sie von dem Sturme, der angeblich eine andere Verständigung unmöglich gemacht, weggeweht worden und hätten dann die Aufmerksamkeit des Obambos nicht erregt. Wenn sich aber die so brutal behandelten Eingebohrten ihrer Haut wehren, dann läuft man Soldaten anmarschieren und die angeblich Widerstrebigen niederknallen.

#### Kaiser und Erzbischof gegen den Umsturz.

Der neu gewählte Erzbischof von Köln Dr. Felix v. Hartmann wurde am letzten Donnerstag von Wilhelm II. vereidigt. Dabei verprah der Erzbischof die monarchische Gesinnung zu pflegen und fuhr würdig fort:

Es erscheint das uns so notwendiger, je fähiger und vermögenter die Mächte des Umsturzes und der Verneinung an Thron und Altar rütteln.

Wilhelm II. sagte in seiner Antwort:

Ihre bisherige Amtsführung gibt mir die Zuversicht, daß ... auch in Ihrer neuen Würde Ihre Brüder und Freunde lehren und anbauen werden, mit der Unabhängigkeit an Ihre Kirche zu verbinden treue Ergebenheit gegen mich und mein Haus, warme Liebe zum deutschen Vaterlande und gehorsam gegen die von Gott verordnete Obrigkeit.

Nach der Lehre der Kirche ist aber jede Obrigkeit die von Gott gewollte, auch die von den Mächten des Umsturzes eingesetzte, wie z. B. die Obrigkeit der französischen Republik. Die Mächte des Umsturzes werden sich daher auch in Deutschland weiter rütteln, am Ende stellt sich dann zum Schluss heraus, daß der liebe Gott die bestehende Ordnung der Dinge überhaupt nicht mehr will.

#### Die böse Freiheitigkeit.

Die Herren vom Deutschen Landwirtschaftsrat beschäftigten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Landarbeiterfrage, oder wie offiziell dieser Punkt der Tagessordnung hieß, mit der wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung der Landarbeiter. Natürlich kommt es den Herren nicht darauf an, ob es den Landarbeiter gut geht, sondern nur darauf, der ihnen höchst unangenehmen Landflucht der Arbeiter zu steuern. Von den ersten Rednern zu diesem Punkte der Tagessordnung wurde weißlich auf die Landarbeiterorganisationen, besonders auf den freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband, geschimpft. Nach ihm aber kam ein Kretherr v. Thüngen-Thüngen, der in unverfasstem Jungenjargon seinem geprahlten Herzen Lust mache und ein Allesgeliebt über die böse Freiheitigkeit anstimmte. So legte der Mann los:

Seit 30 Jahren werden uns die Leute vom Lande weggeschickt. Junge, die lesen und schreiben kann, wurde eingeredet, daß er zu etwas Beserem als zum Pflanzfählen berufen sei und in die Stadt mache. Das war bis vor kurzem der Nebenberuf, den sich die Herren Lehrer auf dem Lande angelegen sein ließen, und auch die Gesellschaft trifft es mit der Schul. Das hat und die Leute weggeschickt und es wird und schwer sein, wieder der Jugend beizubringen, daß es Gottes Gebot sei, sich im Schweige des Angelikats kein Brod zu reichen. Der Staat mit seinen Arbeitern ist auch kein gutes Beispiel. Man bedachtet bei den Eisenbahnarbeiten u. v. wie lässig die arbeitet wird, es fehlt der Unteroffizierstand und es führt eine kolossale Zeitvergeudung statt. Bei den kommunalen Freien ist es nicht besser. Über das Kultusamt hängt es jetzt an, daß wir die Leute vom 16. bis 20. Jahre sich selbst überlassen und sie behandeln, als ob sie schon erwachsen seien. Diese Freiheitigkeit ist ein Unglück. Wenn man verhindert, daß solche Jungen in der Welt ungehindert herumlaufen, so bedeutet das seine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Damit kommen wir zur Familie. Man hat das dicke Wort jetzt gefunden, daß ein Mensch mit dem 17. Lebensjahr die Armentilidigkeit erlangt. Ein Arbeiter, der keine Kinder großgezogen hat, hat nicht die Möglichkeit, sie festzuhalten, damit sie nun auch mitziehen. Die väterliche Autorität muss offiziell gestärkt werden. Solange man nicht verhindert, daß dem Vater die halberwachsenen Jungen einfach weglassen, solange wie den Leuten nicht wieder beibringen, daß sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Arbeit haben, so lange wir den Unrat der Freiheitigkeit auf unsre Jungen und junge Mädchen ausdehnen, läßt sie nicht machen.

Kretherr erklärt zum Schluß, er würde seine Bedenken haben, einem Gesetz zuzustimmen, das junge Leute von 16 bis 20 Jahren zwingt, wenn sie nicht eine besondere ausgesprochene Neigung haben oder den Gedanken einer ausdrücklichen Verdächtigung in der Stadt erbringen, auf dem Lande zu bleiben, solange der Vater nicht die Genehmigung erteilt.

Es ist doch wirklich schade, daß die Zeit der Leibesgerichtshof vorbei ist.

**kleine politische Nachrichten.** Die russischen Blätter scheinen der Brüsseler Wirkung, wonach der berüchtigte Spiegel-Krieg jetzt in österreichischen Diensten steht, durchaus glauben. Die russischen Zeitungen suchen damit auch die jetzt sehr lebhaften Tätigkeiten der österreichischen Geheimpolizei zu erklären. — Das englische Oberhaus hat heute die Bill über die Trennung von Kirche und Staat in Wales abgelehnt. — Amtlich wird in Paris bekannt gegeben, daß der Oberster der Territorialarmee du Pan de Flam auf ein Jahr von seinen Funktionen entbunden worden ist. — Wie aus Peruan gemeldet wird, herrscht dort große Erregung in der ganzen Region. Die Welle von 14 Städten hielt in einer Woche eine Statute ab und predigten den heiligen Krieg gegen Spanien. Sie haben einen neuen Sultan ausgerufen. Mehrere Eingebohrte haben ein Blockhaus angegriffen, das bestimmt war, zum Schutz der Karawanen zu dienen.

#### Ausland.

##### Belgien.

##### Sammelnummern.

Brüssel, 13. Februar. Die Kammer begann die Beratung über die Heeresreform. Auf Antrag des Kriegsministers wurde zu Beginn der Sitzung die Offizialität ausgeschlossen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, Auffklärungen über die internationale Lage, durch die die Vormehrung des Heeres geboten erscheint, zu

machen. Der Kriegsminister konnte aber die vertraulichen Mitteilungen nicht abgeben, da die Sozialisten erklärten, sich zur freien Gehörnahme nicht verpflichtet zu führen. Jeder Abgeordnete müsse das mit seinem Gewissen abmachen. Diese Erklärung gab Anlaß zu längeren, teilweise tumultuarischen Ausführungen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Der Kriegsminister wußt nun möglicherweise noch Beginn der Sitzung wiederum den Verlust machen, vor der Kammer seine vertraulichen Erklärungen abzugeben.

#### Amerika.

##### Die Kämpfe in Mexiko.

Neuross, 13. Februar. Die letzten Telegramme aus Mexiko besagen, daß der gesetzige Kampf bis abends 9 Uhr andauerte. Daß es sich um einen Angriff von Soldaten handen zu haben. In der Stadt wurde heftig geschossen. Während des ganzen Tages arbeitete Madero blutig in seinem Büro, wo Amerikaner und andere Freunde haben die Stadt verlassen, da sie ein weiteres Bombardement befürchten. Die Geschützblüte während der letzten beiden Tage betrugen 300 Tote. Die Regierung verfügt über 600 Soldaten in der Stadt Mexiko. Heute wurde mit Unterwerfung gekämpft. Der revolutionäre General Garza forderte die Stadt Monclova zur Übergabe auf. Die Telegraphenleitungen nach dem Süden sind zerstört. Als Beratung werden ebenfalls Kurzwellen gemeldet. Die Revolutionäre haben Colonia übergekommen. Der Schaden wird auf 12 Millionen geschätzt.

Mexiko, 13. Februar. Der heutige mehrstündige Kampf war in der Hauptstadt ein Artilleriekampf. Eine 7000 Mann Bundesstruppen bombardierten die Stellungen von Diaz, die von 3000 Mann besetzt waren, heftiger als an den vorhergehenden Tagen. Die Granaten durchschlugen die Bibliothekshalle des amerikanischen Klubs und fielen auf dem Gelände der amerikanischen Botschaft nieder. Zug des mörderischen Feuers blieben die Stellungen der Aufständischen ungeschwächt. Es wurde auf die anrückenden Bundesstruppen aus den Häusern geschossen. Vor der Stadt wurde eine Abteilung Bundesstruppen aufgerichtet.

Infolge der eingegangenen Stellung ist es den Truppen von Diaz unmöglich, Verstärkungen zu erlangen. Die Streitkräfte der Aufständischen sind daher auf etwa 2500 Mann vermindert, während die Zahl der Bundesstruppen auf 7000 Mann mit zwei schweren Geschützen gestiegen ist. Die Zapotiken scheinen keinen Versuch gemacht zu haben, den Aufständischen zu Hilfe zu kommen. In Mexikostadt nimmt man an, daß die Zapotiken auch lieber Madero als den Recken des früheren Präsidenten unterstützten, der sich ihnen so unangenehm widerstellt. Es wurde an die anrückenden Bundesstruppen aus den Häusern geschossen. Vor der Stadt wurde eine Abteilung Bundesstruppen aufgerichtet.

Poreos (Teguc), 13. Februar. Ein aus der Stadt Mexiko hier eingetroffener Reisender berichtete, daß viele Ausländer ohne Mittel in Mexiko festgehalten, da die Banken seit Sonnabend geschlossen. Viele von diesen Ausländern seien ohne Nahrung und Obdach. Die Eisenbahnbeamten täten alles, was in ihren Kräften stehe, um wenigstens für die Frauen und Kinder Obdach zu schaffen.

#### Ein Zwischenfall in Acapulco.

Washington, 12. Februar. Den Gegenstand einer gemeinschaftlichen Sitzung des Kriegs- und des Marineministeriums bildete ein Zwischenfall, der sich im Acapulco ereignet hat. Es werden dort zwei Offiziere des amerikanischen Kriegs-Deutsch auf den Straßen der Stadt vom Böbel insuliert, wobei sie tödliche Verletzungen erlitten. Es gelang ihnen, sich auf ein Fahrzeug zu flüchten, das nach Coatzacoalcos segelte. Der Angriff ist nicht anders zu erklären wie durch Hass gegen die Amerikaner.

#### Der Balkankrieg.

##### Die finanziellen Schwierigkeiten der Türkei.

Konstantinopel, 13. Februar. In der letzten Sitzung des Ministerrats haben sich der Großmeister und der Finanzminister mit Rücksicht auf die ungünstige finanzielle Lage der Türkei und auf Grund der unmittelbar vorher auf der Postkongresskonferenz erhaltenen Abschlüsse für die Abdankung neuer Verhandlungen einig. Es werden dort zwei Offiziere des amerikanischen Kriegs-Deutsch auf den Straßen der Stadt vom Böbel insuliert, wobei sie tödliche Verletzungen erlitten. Es gelang ihnen, sich auf ein Fahrzeug zu flüchten, das nach Coatzacoalcos segelte. Der Angriff ist nicht anders zu erklären wie durch Hass gegen die Amerikaner.

London, 13. Februar. Die auf der Börse unter dem Vorzeichen des Handelsministers versammelten Vertreter des Handels und der Banken haben ihre Meinung dahin ausgesprochen, daß kein Grund vorliege in ein Moratorium einzutreten. Die Banken werden den Staatsleuten nur Zahlungserleichterungen gewähren. Das Gesetz über die militärischen Requisitionen, wodurch der Regierung das Recht eingeräumt wird, Waren zu requirieren, wird nicht angewandt werden.

London, 13. Februar. Die Times meldet aus Konstantinopel, daß falls Adrianopol fallen sollte, man eine Meuterer der Truppen für unausbleiblich halte. Die Lage ist sehr trüb. Das Einbrechen von zahlreichen verhinderten und frischen Soldaten hat in der Bevölkerung eine große Depression herverursacht. Die Regierung verfügt über keinerlei Mittel mehr.

Es geht bis zur Enteignung der reichen Einwohner.

#### Ergreifung in Beirut.

Beirut, 13. Februar. Unter der Bevölkerung herrscht hier großer Erregung. Das Kriegsgericht hat mehrere stille Sitzungen verboten. Weder die Polizei noch die sonstigen Beamten haben in den letzten Monaten ihre Schalter abbezahlt erhalten. Die Bürger werden sich sehr entschließen gegen die Etablierung von Kriegssteuern und drohen mit gewaltfamalem Widerstand, falls man bestehen sollte, diese Steuern einzutreiben.

#### Wiedergewinnung Versuch Endre Weisz.

Konstantinopel, 13. Februar. Authentischen Nachrichten zufolge sind die Landungsversuche Endre Weisz mißlungen. Umgekehrt 20000 Mann versuchten zwischen Adros und Schatibz zu landen, ließen jedoch auf eine größere Truppenmacht und mußten sich zurückziehen. Sie sollen jetzt nach Gallipoli direktiert werden.

#### Schattukel und Massaker.

Sofia, 13. Februar. Der Tschaatschha haben gestern verhinderte Schattukel zwischen bulgarischen und bulgarischen Vorposten stattgefunden.

Auf Gallipoli besetzte der Feind die Stellungen bei Bulair, ohne irgend eine Heimstättigkeit zu unternehmen. Bei ihrem Rückzug nach der verhinderten Landung von Schatibz haben die Türken etwa 150 eingebohrte Christen niedergemacht und verscharrt, meist Frauen und Kinder.

#### Besiegung der Bulgaren durch serbische Truppen.

Belgrad, 13. Februar. Es befindet sich, daß die Bulgaren an die Serben das Gefecht gerichtet haben, sie mit 24000 Mann zu verhindern, um die Belagerung von Adrianopol durchzuführen zu können. Die serbische Regierung versprach, die Truppen sofort abzufinden.

#### Montenegro und Rußland.

Cetinje, 13. Februar. Wie es heißt, hat König Nikolaus von Montenegro ein Handschreiben an den Zar geschickt, in welchem er die Intervention Russlands dafür erbittet, daß Statoar an Montenegro abgetreten werde, da sonst die Situation des königlichen Hauses eine prekäre werde und die Zukunft der Dynastie Regius in Frage gestellt werde.

#### Neues aus aller Welt.

##### Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt.

Gablonz, 13. Februar. Hier hat die Aushebung einer großen internationalen Falschmünzerwerkstatt und die Verhaftung einer sechsköpfigen Falschmünzerbande größtes Aufsehen hervorgerufen. Seit dreizehn Jahren besteht die Stadt Gablonz eine im großen Umfang bestehende Falschmünzerwerkstatt, und sehr Menschen hatte eine Abhängigkeit davon, daß Hunderttausende von falschen Silbermünzen in Gablonz geprägt wurden. Es als gewisse Freude gar zu oft altes Silber austauschen und einschmelzen, um man sich nach ihnen näher um und deckte schließlich die Werkstatt auf. Von den Falschmünzern wurde einschließlich brasilianisches Geld erzeugt, und zwar ein- und Zweihellerstücke (2,30 bzw. 4,60 M.). Die Falschmünzen waren so gut gelungen, daß man in Brasilien, wohin nach dem Verkauf brachte, die Werte vierzigfach erhöhte. Es wurde gefälschte Goldmünzen geschnitten und verkauft, nach einer Stadt Brasiliens gebracht und dort durch Helferhelfer in Umlauf gelegt. Bevölkerungsort waren Guritha in Brasilien und Palmaraiso. In den Häusern befand sich tatsächlich oben und unten Jemen, in der Mitte aber waren die Falschmünzen. Bei der Polizeiaktion hat sich trotz langen Vertrags bloß kein Mensch ergeben. In Gablonz wurden sechs Personen, meist ansäßige Brabante, verhaftet. Vier von ihnen waren sehr jung, aus Brasilien ausgewandert, hatten dort Land und Freude kennengelernt und waren wieder in die Heimat zurückgekehrt. Ein der beiden, der früher in Guritha als Großbauern wohnte, mußte nach einem Gerichtsprozeß von dort, wegen unlauterer Machenschaften fliehen.

##### Prognose der Sachsenischen Landeswetterwarte.

für den 15. Februar.

Nordostwinde; wolbig; lakt; Schnee. Wetterlage. Die Veränderungen in der Verteilung des Drucks erfolgen trotz des hohen Barometerstandes außerordentlich rasch und ziehen in die Regel eine völlige Umwandlung des Wetters nach sich. Heute früh sieht sich ein leichtiges Hoch von Nordosten nach dem Westen des Festlandes vor; ein Teilchen hat sich über der Adria festgesetzt und leitet einen Nordoststrom bereit, der zu Tribung und leichtem Schneefall führt. Bei geringer Temperatur werden die Zwerchfälle häufiger und auch ergiebiger.

Spazierbericht. Nach dem neuesten Berichte des Vereins zur Förderung Dresden und des Fremdenverkehrs sind die Sportverhältnisse in Überwitzthal (Sonneböhre) 21—22 Centimeter Temperatur 4 Grad unter Null für Adel und Ehe gut. Der Bericht vom Rüdtelberg ist infolge Zeitungsstörung ausgeblichert.

#### Letzte lokale Nachrichten.

Ein sächsischer Postdirektor hat schon in anderen Städten die Postämter unifiziert gemacht und wird möglicherweise auch Dresden beitreten. Der Schwindler beobachtet die Schallräume und wählt sich barfüßiges Paulushaben und Lebendigen, die Geld einzuzahlen haben. Findet er einen solchen jungen Mann, so stellt er sich ihm als Postdirektor vor und bringt ihn, für ihn einen größeren Betrag von der Geldbank oder sonst einer Großbank abzuholen. Er überreicht dem Bösen, der gleich 1 M. zum Löwe erhält, einen Briefumschlag, auf dem die Summe, die von der Post abgeholt werden soll, verzeichnet ist. Um den unerlaubten Vorlieben nicht Zeit verlieren zu lassen, erichtet sich der Postdirektor unterdessen, für ihn die Einzahlung zu bewerkstelligen; auch die Ausweitung will er ihm ausfüllen. Sobald der Böse die Postagent angestritten hat, verlässt auch der Postdirektor mit dem Gelde. Der Böse sieht etwa am Ende des zweiten Jahr, in kleinen, aber häufig gebaut und trug einen dunklen Anzug und braune Schuhe.

Eine unbekannte Person. Auf der Lübecker Straße in der Vorstadt Löbau brach gestern nachmittag gegen 5 Uhr eine etwa 60 Jahre alte, einen Kindern Topf lehnende unbekannte Frau plötzlich zusammen. Nachdem sie durch eine unbekannte Person überführt wurde, verschloß sie infolge eines Blutsturzes. Die Weide wurde nach dem Ereignis auf einer Straße an der Bremer Straße gebracht. Die unbekannte hat dunkelblaue Haare, trug zuletzt goldene Ohrringe und war unter anderem bekleidet mit schwarzen Strümpfen, mit schwarzen eingefärbten Winterjacken, grauen mit schwarzen Verschleppen verdeckten wollenen Schal und schwarzen, wollenen Pullovern. Sie ist vor ihrem Ableben auf der Werneistraße, ihrem Kindergarten landwärts fahrend, gesehen worden. Nachrichten über die Verhältnisse landwärts werden an die Königliche Polizeidirektion — Neutralstelle für Vermisste — erbeten.

#### Letzte Telegramme.

##### Spanienpreß.

Leipzig, 14. Februar. Vor dem vereinigten 2. und 3. Cirksenal des Reichsgerichts begann heute der Spanienpreß gegen den 20 Jahre alten, bereits verhafteten Kontrollen Paul Neumann aus Düsseldorf, der das verhinderte Verbrechen der Spanier beauftragt wird. Neumann hat ein von dem Jäger zu Werde seine, der vom Kriegsgericht abgetreten ist, entwendetes Kabinettsschloss der französischen Botschaft in Berlin angeboten und ist festgenommen worden, als er einen postlängeren Brief der französischen Botschaft auf dem Danziger Postamt abholen wollte. Die Leitfähigkeit wurde ausgetragen. Das Urteil ist heute nachmittag zu erwarten.

#### Über Internationalisierung Tangiers.

London, 14. Februar. Wie der Times aus Paris gemeldet wird, dürfte die britische Regierung unter keinen Umständen einer englisch-französisch-spanischen Regelung der Frage der Internationalisierung von Tangier zustimmen. Nach britischer Ausführung wäre das Übereinkommen allen Signatarienheiten der Allgemeinheit vorgelegt werden. Zudem könnte die britische Zustimmung zu dem Vertrag Frankreichs mit dem Sultan, der das französische Protektorat über Marokko begründete, nicht geleistet werden, bevor die Frage von Tangier zur Justizdebatte erledigt sei.

#### Die Wirren in Mexiko.

Mexiko, 14. Februar. Auf der ganzen Linie ist von beiden Seiten gekämpft nachmittag von 2 Uhr 20 Minuten das Feuer eingesetzt worden. Um diese Zeit sollen die Aufständischen



## Sächsische Angelegenheiten.

### Ländliche Krankenfürsorge.

Der Vorsitzende der Ländlichen Ortskrankenkasse in Leuba bei Ositz hat, um den Bauern die Arbeitskräfte zu erhalten und die Kräfte vor allzu hohen Ausgaben zu bewahren, das Armenhaus in Leuba als Unterflusssäte für mit ansteckenden Krankheiten behaftete Dienstboten hergerichtet. Alle Angehörigen bürgten dafür, daß er das sogar tat, ohne die Vereinigung des Gemeindevorstands einzuhören. Eine Badekammer und ein eiserner Ofen wurden herbeigeschafft. Die Fenster wurden mit einigen Reichen behangen und das Krankenhaus war keine Meinung nach fertig. Die solcher Art erkrankten Personen brauchten nun nicht mehr in die doch etwas teurer sich gestaltende Krankenhauspflege gegeben zu werden. Um nicht auch besondere Krankenpfleger anstellen zu müssen, half sich der geniale Erfinder damit, daß er die Armenhäusern mit der Pflege der mit ansteckenden Krankheiten behafteten Personen beauftragte. Dem Gemeindevorstand mochte nun aber doch wohl grauslich werden, als er von der Sache erfuhr. Er berief den Gemeinderat zusammen und da saß man nun folgenden heroischen Besluß:

„Die bürgerlichen Einrichtungen im Armenhaus sind sofort aufzuheben und etwaige Kranke dem Grünauer Krankenhaus zu überweisen.“

Ein derartiges Vorkommen ist jedenfalls ein Skandal und zeigt, was sich einzelne Geister in kleinen kleinen ländlichen Gemeinden erlauben. Die Krankenkasse Leuba steht finanziell unter den Krankenkassen in der Amtshauptmannschaft Zittau am günstigsten da. Das ist, wie das geschilderte Vorkommen vermuten läßt, offenbar nur infolge eines verdeckten Sparstreiks auf Kosten der Verjährten erreicht worden.

### Was der Schule not tut

Bei das Kultusministerium wieder einmal entdeckt. Auf eine Einladung des Sächsischen Hauptmissionsvereins und der Missionskonferenz im Königreich Sachsen, daß das Missionswerk eine größere Beachtung im Schulunterricht erfahre, hat es in einer Verordnung an die Bezirksschulinspektoren bestimmt, daß mit Rücksicht auf den großen Bildungswert, den die Geschichte der älteren Religion als einen notwendigen Lebensanhänger der christlichen Kirche in sich trägt, die Bezirksschulinspektoren dafür sorgen sollen, daß in den durch besonders Lehrpläne geglückten Schulen, soweit das nicht schon geschehen ist, an geeigneten Stellen — namentlich beim Religions-, Geschichte- und Geographieunterricht — Vorschriften über Verküpfung der Religionsgeschichte eingefügt, auch die Lehrer bei passender Gelegenheit auf die Wichtigkeit der Behandlung des Missionsworts im Unterricht hingewiesen und mit den hierfür nützlichsten Wissen verfehren werden.

Wir meinen, es gäbe viel wichtiger Gebiete für den Religionsunterricht, die jetzt noch ungenügend berücksichtigt werden. Wie erinnern nur an die Bürgerkunde, an das Leben einer wertvollen Kulturgesellschaft. Viel besser wäre es, wenn statt der Missionsgeldscheine die Geschichte der menschlichen Arbeit in den Volksschulen berücksichtigt würde. Das Kultusministerium hat sich hier wieder einmal zu Handlangerdiensten für Kirchen-gewollte gegeben.

### „Fortschrittlich!“

Dem Gemeinderat in Oberoderwitz gehören acht Mitglieder, zehn sitzen zu den Kreisjägern zählenden und drei sozialdemokratische Vertreter an. Dieser Gemeinderat war es, der vor einiger Zeit bei Beratung des Lüttichgesetzes für die Gemeinderatswahlen den Grundstock prägte: „Wir brauchen die Belehrungen der Vordengemeindeleitung und i reaktionären zu machen, als sie sind!“ Tats aber auf die Kreisjäger ebensoviel Verlust ist, koste sich neuerdings herausstellen. Die Anstrengungen waren von Anfang an unter der Leitung eines Kirchendurchschnitt am Werke, den Gemeinderat mit ihren reaktionären Plänen zu befehligen. Sie wollten eine Teilung der Kasse der Unanständigen. Hierbei nahmen sie sogar die Hilfe der Amtshauptmannschaft Löbau in Anspruch. Es nützte aber nichts. Der Gemeinderat erklärte sich mit einer knappen Majorität gegen die Besiedelungserlaubnis. Zumindesten zwei Abstimmungen für die Verküpfung. Die Anstrengungen arbeiteten aber weiter und beobachteten den Gemeinderat zum zweiten Male mit ihrem Antrage in noch weit verschärfter Form. Nicht kamen sie einen Sieg für die habsburgischen Unanständigen verlangt. Jetzt verlangten sie zwei von den vier Unanständigen abgeordneten zu erhalten. Und das Ende vom Liede war, indem der sich in liberalen Bahnen bewegende Bürgerverein gegen eine Besiedelungserlaubnis des Wahlkreises noch in leichter Stunde ausgeschieden hatte, daß weitere drei „freisinnige“ Gemeinderatsvertreter, darunter allerdings auch der Vorstand der dielebige polnische Almia tragen will, umflossen. Die erste Klasse der Unanständigen umfaßt 62 und die zweite Klasse 22 Wähler.

Angehörige des Kreisjägers haben eben wieder einmal ihre politische Unzulänglichkeit gezeigt.

### Über die Tuberkulose in Sachsen

Derartiges Gesamtpanzahl zahlreiche Vereine und Behörden jetzt ihr besonderes Augenmerk zuwenden, will das Landesmedizinalkollegium in seinem Jahresbericht mit, daß die Zahl der im Jahre 1910 an Tuberkulose der Jungen (Lungenentzündlichkeit) Verstorbenen im ganzen Lande 5875, der an Tuberkulose anderer Organe Verstorbenen 227, der an akuter Mittelohrentzündlichkeit Verstorbenen 17, also insgesamt 6019 betragen habe. Die entsprechenden Zahlen des Vorjahrs betrugen 5668, 201 und 21, zusammen 5890. Der schon in den Vorjahren beobachtete Rückgang in der Tuberkulosebelastigkeit hat demnach angehalten, nur sind nicht alle Medizinalbehörden an dieser Abnahme beteiligt. Angenommen hat die Sterblichkeit an Lungenentzündlichkeit gegenüber dem Vorjahr in den Medizinalbezirken Chemnitz Stadt, Leipzig Stadt, Pirna, Zittau, Annaberg, Glauchau, Waldau, Auerbach und Döhlen. In den öffentlichen Krankenhäusern wurden berücksichtigt an Lungenentzündlichkeit 7065, an Tuberkulose anderer Organe 1790 und an Tropotrofie 98, zusammen 8463. Die entsprechenden Zahlen sind für das Berichtsjahr 1906: 4750, 1494 und 90, zusammen 6344; 1906: 5515, 1472 und 98, zusammen 7086; 1907: 6273, 1280 und 95, zusammen 7848; 1908: 6601, 1736 und 100, zusammen 8337, und 1909: 7257, 1664 und 68, zusammen 8969 verloren. Von Lebendjägern an Lonus wird nur ein Fall aus dem Medizinalbezirk Chemnitz Land berichtet. Über den Genuss von Milch erkrankten Fälle wird aus den Medizinalbezirken Chemnitz und Dresden berichtet. Im ersten Berichte war die Milch einer an Tuberkulose leidenden Frau mit anderer Milch gemischt nach Leipzig geliefert worden.

### Zentralisation der Amtsgerichte.

Der neue Justizminister hält, wie sein Vorgänger, die Zentralisation grundsätzlich für maßgeblich. Dabei sind folgende

Voraussetzungen maßgebend: Ein neuer Amtsgerichtsbezirk soll in der Regel mindestens 10 000 bis 12 000 Einwohner besitzen. Weiter soll die große Mehrzahl der in Betracht kommenden Gemeinden mit der Einbeziehung in das neue Amtsgericht einverstanden sein. Die Opfer, die einer Gemeinde als Sitz eines neuen Amtsgerichts erwachsen, sollen nicht größer sein als die Vorteile, die ja nach Ansicht der Regierung die Gemeinde, die ein neues Amtsgericht bei sich haben will, ein großes, genügend großes Grundsätzliche für diesen Zweck vorsehen darf dem Staate zur Verfügung stellen soll. Durch die Errichtung neuer Amtsgerichte soll auch seinem bestehenden Gericht seine Lebensfähigkeit unterbunden werden. Das Hauptgewicht wird aber von der Regelung auf das Vorhandensein der Notwendigkeit einer besonderen Rechtspflege gelegt. Das jüngste sächsische Amtsgericht wird das zu Schöneck werden, dessen Errichtung im letzten Landtag genehmigt worden ist. Durchschnittlich verfügt ein kleines Amtsgericht einen Jahresaufwand von 30 000 M. für den Staat. Die Verteilungen um Errichtung von Amtsgerichten, die bisher im Landtag gute Beschlüsse erhalten haben, und im Justizministerium vorbereitet, doch liegen gegenwärtig Pläne für neue Amtsgerichte

wegbrachen. Der Richter verlor die Gewalt über die davorstehenden Dörfer. Die drei Insassen, Herr und Frau Nogberg und der Geschlechter wurden Johann durch den Bruch eines Hinterrades herausgeholt und der Richter erlitt einen Beinbruch. — Wegen schweren Rades wurde vom Schwurgericht Baunzen des 32 Jahre alten Weder Heinrich Wibra aus Braunsdorf L. V. zu 6 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehemalrechtsverlust verurteilt. Wibra hatte den Voten der Firma Deinhard u. Engler in Zittau überlassen, ihm ein Gemisch von Pfeffer, Salz und Paprika in die Augen geworfen und dem Voten einen Geldsatz mit 2000 M. gekauft, die er auf der Bank abgezahlt hatte. Kurz nach dieser Tat ist der Sachsenhäuber verhaftet worden.

## Stadt-Chronik.

### Aus dem Stadtparlament.

Bei der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde in erster Linie über die Anlegung eines Flugplatzes verhandelt. Der Einheitsflughafen darüber ist eine lange Zeitere voranspannen, die sich hauptsächlich um die Frage dreht, ob der Flugplatz auf Vogtdorfer Gelände errichtet werden soll, wo eine Gesellschaft bereits große Landhäuser eingerichtet hat und nun alles aufbot, die städtische Unterstützung für dieses Projekt zu erlangen. Dabei spielten Grundbesitzerinteressen eine herausragende Rolle. Der Stadtrat lehnte das Vogtdorfer Projekt deshalb ab, weil der Platz zu weit von der Stadt entfernt liegt und sich ausreichende Verkehrseinrichtungen nur mit großen Kosten ermöglichen ließen. Er arbeitete daher eine Vorlage aus, wonach der Flugplatz auf die zwischen der städtischen Abwasser-Reinigungsanstalt und Alsfeldig an der Elbe gelegenen Auren kommen sollte, wo bereits viele Straßen und Landstraßen im Besitz der Stadt sind. Diese Vorlage stand gestern abend zur Verordnung. Es soll dann der Luftbetriebsgesellschaft der Platz nicht nur auf 20 Jahre unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, die Stadt will auch für 50 000 M. Aktien erwerben und außerdem 20000 M. Zuschuß im Jahre leisten. Damit kommen sich die sozialdemokratischen Vertreter natürlich nicht einverstanden erstaunen. In einem Widerstandsprotokoll forderten sie, den Platz nur auf 10 Jahre zu Flugzwecken unentgeltlich zur Verfügung zu lassen, im übrigen aber jede finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Flugplatz zu unterlassen. Da dieses Gutachten abgelehnt wurde, stimmen unsere Genossen gegen die ganze Vorlage, die aber gegen die sozialdemokratischen und einige freisinnige Stimmen angenommen wurde. Damit ist in Dresden, wo es an Geld für Schulen und soziale Aufgaben immer fehlt, wieder einmal gezeigt worden, daß Geld für fragwürdige sportliche Zwecke immer da ist, denn um solche kann es sich hier nur handeln.

Für die von den Zünften und anderen bürgerlichen Vereinen eingerichtete Fechtschule, die seither schon 1000 M. Unterstützt wird, erhält, wurden weitere 500 M. gefordert. Stadtrat und Ausschuß waren auch ohne weiteres bereit dazu, obwohl das von den Gemeindeschaften unterhaltene Arbeitersekretariat nicht einen Penny städtische Subvention erwartet. Unsere Genossen bewilligten zu dieser neuen Förderung, daß wir für kommunale Rechtsauskunftsstellen gern Mittel bewilligen würden, weitere Zuwendungen aber ist eine Gründung bürgerlicher Vereine ablehnen müßten. Die erhöhte Subvention wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter beschlossen.

Eine längere Verhandlung rief noch die Mehrheitstellung von 2000 M. für eine Ehrengabe an Veteranen hervor.

Unsere Genossen haben dafür gestimmt. Da man die Sache aber anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers in einer monarchischen Huldigung machte und außerdem die Verkürzung von einigen Laufendem Park für eine Ehrengabe deutlicher Städte an den Kaiser damit verknüpft, konnten die sozialdemokratischen Vertreter nicht mitmachen. Der letztere Blatt machte es mir auch unmöglich, eine passive Stellung in der ganzen Vorlage einzunehmen. Die Gründe der sozialdemokratischen Abstimmung legte Genosse Rühn dar. Die bürgerlichen Vertreter erklärten zwar etwas dagegen, das stand den Herren aber, die sonst für Arme und Notleidende wenig oder nichts übrig haben, sehr übel. Unsere Genossen ließen die Herren lamentieren, sagten ihnen aber noch einmal die sozialdemokratische Meinung über solche Entstiftung und stimmten im übrigen so, wie sie es infolge der Verhandlung der Sache durch einen monarchischen Huldigungstag tun mußten.

### Dienstbotenland.

Unter dieser Spalte brachten wir am 1. Februar einen Fall von unerhörter Verhandlung eines 17-jährigen Dienstboten aus durch die Oberleutnantin Frau Franz, Zöllnerstraße 27. In deren Auftrag schreibt uns dazu heute Herr Reichsministral Dr. Meding in der Form einer „Bestätigung“ folgendes:

„Es ist nicht wahr, daß das Dienstbotenkind von dem verhindert. Vom 18. M. pro Monat bis jetzt nur 7,50 M. bezahlt erhalten hat. Es ist auch nicht wahr, daß es statt Vergütungen Geschenke erhalten hat. Es ist nicht wahr, daß es schwer mit dem Schreiber, Holzhof oder dem Schuh mißhandelt worden ist, daß es am Schreien durch weitere Misshandlungen verhindert worden ist. Ebenso ist nicht wahr, daß auf Rechnung des Kindes andere Speisen verlangt worden sind und daß das Kind mit Röntgenstrahl bestrahlt worden sei und daß es schlechtes Essen, teilweise sogar eine Wochenlang trockenes Brot erhalten habe. Richtig ist vielmehr folgendes: Da bei Frau Oberleutnant Franz in Dienst gewesene Anna Eglitz hat laut der vorliegenden, von ihr eigenhändig vollzogenen Entlassung den Zorn bis zu ihrem Austritt, der ohne jede Rücksicht erfolgt ist, erhalten. Sie hat sogar den Leistungen mehr erhalten, als ihr tatsächlich zusteht, insbesondere hat sie, obwohl sie schriftlich ihr Einverständnis erklärt hat, daß vom 1. Dezember ein Sohn von nur 13 M. bezahlt werden soll, gleichwohl einen Zorn von 18 M. erhalten. Sie hat das Essen der Dienstbotin geteilt. Sie hat durch verschleierte schriftliche Erklärungen ihre Unzufriedenheit bestätigt, hat anerkannt, daß Frau Oberleutnant Franz ihr wiederholter gefordert hat, daß sie diese aber unfehlbar gebeten hat, die weiter zu behalten, Besserung, insbesondere ihre Wehrhaftigkeit auf ernsthafte versprochen, diese Verpflichtung aber nicht gehalten.“

Es soll also vieles und wesentliches von dem, was wir berichteten, „nicht wahr“ sein. Wir bemerken zunächst, daß eine sonst dem Prozeß entsprechende „Berichtigung“ selbst dann aufgenommen werden muss, wenn sie unwahr sein sollte. Eine Verstärkung beweist an sich also noch nichts. Und unter durchaus überläßiger Gewährsmann teilt uns auf Anfrage zu dieser „Berichtigung“ mit, daß er alle seine Angaben aufrichtig erhält. Bemerk sei ferner, daß wegen der Gehaltsverweigerung bereits eine Strafklage gegen Frau Franz anhängig gemacht ist, und daß weiter ein Strafverfahren gegen sie beantragt werden soll.

(vielleicht schon beantragt ist), weil ihr vorgeworfen wird, sie habe Unterschriften des Mädchens auf Lohnquittungen erpreßt. Wir bemerken weiter, daß gewichtige Behauptungen unseres Urteils nicht "berichtig" sind. So die, daß die Wohhandlungen durch ärztliches Zeugnis festgestellt sind, daß das Mädchen blaue und grüne Kleide, Schlag- und Stropwinden hatte, daß ihr ganze Strähne Haare herausgerissen sind, daß die Frau Franz erklärte, sie müßte jemand haben, an dem sie ihre Wut auslassen könne, daß sie das Mädchen in die Elbe oder ins Hochhaus wünschte. Alle diese gravierenden Angaben werden nicht bestätigt. Im übrigen dürfen wir annehmen, daß vor Gericht noch das Rötige festgestellt werden kann, wenn es zum Prozeß gegen die Frau Franz kommt.

#### Verdächtige Arbeiterschönheit.

Man schreibt uns: Bei der städtischen Strafentstehung kommt gegenwärtig ein Komitee Unterschriften für eine Eingabe an den Rat, worin um Unterstützung zur Beschaffung von billigen Lebensmittel-Akkordien umfaßt werden soll. Das zur Unterschrift auffordernde Schriftstück, das sonderbarweise beim Dienstantritt von den Schirmmeistern verlesen wird, wendet sich an die Unterbeamten, Vorarbeiter und auch an die Lehrer. Es erwirkt den Anschluß, als wollten die Kreise, aus denen das Schriftstück stammt, die Arbeiter berühren, um für sich selbst etwas herauzuholen. Bei anderen Gelegenheiten, wenn es sich um Angelegenheiten der Arbeiter handelt und die Unterstützung dieser Kreise benötigt wird, verlangen sie sich hinter allerlei Bedenken. Die Arbeiter werden sich erst erkundigen müssen, wer das Komitee ernannt und ermächtigt hat, diesen Schritt zu unternehmen, niemand kennt bis jetzt die Errichtung desselben. Es scheint aber, daß der Teil der städtischen Arbeiterschaft, der nichts unverachtet läßt, die Arbeiterschaft zu zerplätzen, hier seine Hand im Spiele hat. Bis jetzt hat die Arbeiterschaft die Arbeiterauschlässe als ihre geordnete Vertretung betrachtet und sie wird sie auch benötigen, wenn die Notwendigkeit dazu gegeben ist. Hoffentlich werden diese anerkannten Vertreter der Arbeiter von der Beamtenenschaft ebenso unterstützt als das wie escheint aus sich selbst heraus entstandene Komitee. Die Arbeiter aber werden sich auch dadurch, daß sich die Beamten dafür so interessieren, nicht beeinflussen lassen.

#### Eine Ballonfahrt

veranstaltete am Sonntag der Sächsische Verein für Luftfahrt mit dem Ballon Bettin. Der Ballon stieg  $\frac{1}{2}$  10 Uhr vormittags in Reid auf und fuhr in flotter Fahrt über Laubegäste, Stolpen, Neustadt mit britischem Ausblick über die ganze Sächsische Schweiz nach dem Kieflengebirge zu. Über Dörsberg schwiebend blickten die Fahrgäste auf die befreiten Berge des Nieschen- und Hergelgebirges, jede Baudé deutlich erkennend. Das glänzende Weiß des Kammes glicherte in den Strahlen der Sonne wie Millionen von Brillanten. Die schöne Fahrt endigte glatt bei Schweidnitz.

#### Ein Fliegerunfall.

Am Dienstag wurde in den westlichen Vororten Dresden ein hochfliegender Aeroplano beobachtet. Darüber wird berichtet: Der sächsische Fliegeroffizier Leutnant Meyer vom 139. Infanterie-Regiment in Döbeln flog mittags von Berlin nach Dresden mit Oberleutnant von Osterroth als Passagier auf einer Stumpfer-Landung. Das Flugzeug kam in schnellem Flug und hielt keinen Anzug nach dem Hölter zu. Es bot in schwundender Höhe in der sonnen-durchstrahlten Lüften Luft ein prächtiges Schauspiel. Als die Flieger sich schon dem Hölter näherten und sich aus 1800 Meter Höhe in Spiralen herunterschrauben wollten, brach in 600 Meter Höhe das Getriebe und der Motor legte aus. Es machte sich deshalb eine Rottlandung nötig, die bei Röhrig auf einem aufgeweiteten Acker erfolgte. Das Fahrgetriebe des Flugzeugs wurde leicht beschädigt und der Propeller zerbrach. Die beiden Offiziere kamen ohne Verletzungen davon. Das Fahrzeug wurde von herbeigerufenem Militär bewacht und später abtransportiert.

Königliche Impfungen finden in der staatlichen Impfstelle Marschallstraße 21, Turnhalle der 10. Bezirksschule, an jedem Dienstag, nachmittags 2 bis 2½ Uhr, vom 18. Februar an bis auf weiteres statt. Aus einem Hause, in welchem anstehende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Rupp, Reuschenbucht, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürliche Pestilenz herrschen, dürfen Impfungen zum allgemeinen Termin nicht gebracht werden. Für jedes Kind ist ein Jetzel mit deutlich lesbarem Namen, Geburtsstag und Geburtsort des Impfenden, sowie Name, Stand und Wohnung des Vaters oder der Mutter in dem Impfraum abzugeben und zunächst die Geburtsurkunde oder das Familienstammbuch vorzulegen.

Welche Rezepte muß der Apotheker anfertigen? Es herrscht vielfach Unklarheit über die gesetzliche Pflicht des Apothekers wegen Anfertigung der Rezepte. Er ist gezwungen, jedes von einem Arzt geschriebene Rezept anzufertigen, während er das Rezept eines Arztes aber nicht approbierten Heilfunden nur dann herstellen darf, wenn es Bestandteile des Handverkaufs enthält. Aber auch dann ist für ihn noch keine Verpflichtung dazu vorhanden. Bei bestimmten Mitteln darf das Rezept vom Apotheker nur dann wiederholst werden, wenn der Arzt es nicht mit einem Sperrvermerk und Verbote der Wiederholung versehen hat. Natürlich gibt es auch eine Instanz, bei der man sich über den Apotheker beschweren kann, und das ist der zuständige Bezirkssarzt. — Man hat zu beachten, daß das Rezept eine Urkunde ist, die nur zu bestimmten Zwecken aufgestellt wird und ohne Missbrauch des Urheberrechts von seinem Zwecken verwertet oder zu seinem eigenen Vorteil ausgenutzt werden darf. Somit ist es schon gesetzwidrig, wenn jemand das ihm vom Arzt geschriebene Rezept einem anderen zur Anfertigung der Arznei überläßt.

Silige Briefe nach Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm). Die Postvermögensförderung erträgt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen u. u. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, zum Beispiel Kanada. „Aronprinzessin Cecilia“ ab Bremen 18. Februar, „Elefant“ ab Bremen 21. Februar, „Amerika“ ab Hamburg 23. Februar, „Präsident Lincoln“ ab Hamburg 27. Februar, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 4. März, „Kaiserin Auguste Viktoria“ ab Homburg 6. März, „George Washington“ ab Bremen 8. März, „Aronprinzessin Cecilia“ ab Bremen 18. März. Postabfuhr nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „President Lincoln“, sind Schnellzähler oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Ab- vorher traten sie auch auf das Mädchen zu und griffen nach dem

gange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Versicherung, wie „direkter Weg“ oder „Über Bremen oder Hamburg“ zu versenden.

**Arbeiterrights.** Schwer verunglimmt ist Donnerstag früh auf der Güterabfertigungsstelle Dresden-Neustadt der in der Kanonenstraße 5 wohnhafter Arbeiter Bruno Kempe, dem beim Umlegen einer schweren Kiste auf den Oberchenkel stürzte und diesen zerstimmerte.

**Vermischte Nachrichten.** Der Hausdiener Georg L. traf in der Nacht zu Mittwoch auf der Marienstraße seine ehemalige Geliebte S. R. in Begleitung eines Herrn. Er verließ mit seinem Spazierstock den R. mehrere mächtige Schläge über den Kopf. Hierbei erlitt das Mädchen besonders im Gesicht beratige Verletzungen, daß die Wunden bei der Unfallstation auf der Wallstraße genäht werden mußten. Die R. wurde dann nach ihrer Wohnung gebracht. — Gestohlen wurden in einer Villa in Vorstadt Streichen in den letzten Tagen, die Zeit läßt sich nicht genau feststellen, ein schwarzer Pelzmantel mit Filzhutkragen im Werte von 750 bis 800 M., ein getragener Wintermantel im Werte von 180 M. und ein dunkler Liebesjäger mit Stoffkragen im Werte von 180 M. — Ein auf der Schubertstraße wohnhafte dreizehnjährige Schulmädchen ließ in einem benachbarten Hause die Wohnung einer Witwe während deren Abwesenheit durch einen Schlosser unter dem Vorwand öffnen, den Kettenschlüssel verlegt zu haben. Damit durchwühlte das Mädchen alle Behältnisse und entdeckte der Witwe eine silberne Damenuhr und etwa 12 M. hares Geld. — Ein Handelsjäger rückte über schrift einer Dame auf dem Bürgerplatz die Handtücher ab und ergriff damit die Bluse. Der Dieb ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß und war mit schwarem lichtem Hut und dunklem Liebesjäger bekleidet. — Tot aufgefunden wurde von Polizisten ein auf der Breite Straße wohnhafte 61-jähriger Planist. Er baute auf der Albrechtsbrücke aus Holz eines Abendessens bis in die fünfte Morgentunde Klaviervorführungen dargeboten und nach 5 Uhr seinen Rückweg nach Dresden angetreten. Dabei ist er vermutlich von einem Schuhmachtsanfall betroffen worden und die ziemlich einen Meter hohe Straßenböschung herabgestürzt. Nach Auslage des herbeigerufenen Polizeiarztes ist der Tod infolge Herzschlag eingetreten. Es bedarf nicht darüber die Urfache dieses tragischen Ereignisses sein.

**Französischer Vortrag.** In Ladows Handelschule, Albertplatz 10, hält Herr Duery (diplomé acad. Lyon) morgen Sonnabend, abends 8½ Uhr, einen französischen Lichtbildervortrag, zu dem jedermann freien Zutritt hat. Thema:

#### Aus der Umgebung.

**Burgwitz.** Um Irrtüfern und Anfragen zu begegnen, sei nochmals darauf hingewiesen, daß die seit vorigem Herbst bestehenden Differenzen zwischen unseren Genossen und Herrn Gotschke besitzer Seiling in Burgwitz fortbestehen.

**Altenberg.** Wie wir erfahren, soll der Wasserzins in nächster Zeit wieder erhöht werden. Abermals will man hier die Winderbemittelten mit neuen Steuern belasten, während man einem Teil Beamten, die hohe Gehälter beziehen und mit das höchste Einkommen im Ort haben, diese Steuern erlässt. Es wäre doch nicht zu viel gefordert und nur gerecht gehandelt, wenn man auch die Beamten, die jetzt keinen Wasserzins bezahlen und doch die größten Wohnungen einnehmen, erst einmal zu dieser Steuer heranzöge. Jeder arme Teufel, bei dem der Verdienst manduca kaum für Nahrungsmittel reicht und der in einem Woche wohnt Wohnung kann man in manchen Fällen gar nicht sagen, mag Wasserzins bezahlen, aber die hochgezahlten Beamten, Schullehrer u. dergl. haben das nicht nötig. Wenn gerecht gehandelt werden sollte, so müßte eine derartige Steuer nicht wie jetzt nach Höhe der Witten und Grundstücks, sondern nach dem Einkommen eines jeden Einwohners beglichen werden. Auf jede Steuererhöhung müßte ein bestimmter Tag gelegt werden. Wenn dann alle Beamten bezahlen, die bisher nichts bezahlt haben, wäre Geld genügend da, um das Erforderliche zu decken. Man würde den untersten Steuerklassen sogar den Wasserzins erlassen können. Wir werden nun sehen, was die Stadtverordneten, die vor ihrer Wahl ihr viles zugunsten Altenbergs ändern wollen, zu dieser Sache in eine Stellung einnehmen.

Der in dieser Zeitschrift geäußerte Zustand ist so ungeheuer ungerecht und allen sozialen Grundlagen widersprechend, daß wir der unbemittelten Einwohnerschaft Altenbergs raten können, eine Petition an die Amtshauptmannschaft zu richten, wenn nicht Aenderung herbeigeführt wird.

**Witschdorf.** Freitag den 14. Februar, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatsitzung.

**Reichenberg.** Sonnabend den 15. Februar mittags von 12 Uhr an Seefischverkauf im Freibadlokal.

#### Gerichtszeitung.

##### Landgericht.

##### Ein Gütekostensatz

an einem Schulmädchen verlor der verhexte Büchereibesitzer Ernst Franz Julius Pützler in Leubnitz-Neuostra während der Nachmittagsvorstellung in einem Kino. Der Angeklagte wurde nach geheimer Verhandlung unter Zulieferung mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

##### Jugendgericht.

Zwei 15jährige Arbeiter nutzten sich wegen verfuselter räuberischer Erpressung heranzutun. Beide sind schon wegen Eigentumsvergehen mit Gefängnis vorbestraft und der eine war in der Justizanstalt Obercunnersdorf untergebracht, wo er aber ausgetauscht ist. Sie lernten sich im Juli in der Umgebung von Meilen kennen, wo sie sich auch eine Zeitlang obdachlos herumtrieben. Angeblich wollten sie sich um Arbeit in den dortigen Gasthütten bemüht haben. Am 16. Juli waren sie in Meilen gewesen, vor einer der beiden selne Tante besucht hatte. Auf dem Rückweg verspürten beide gewaltige Hunger, hatten aber keinen Pfennig Geld. Da beschlossen sie, die erste beste Gelegenheit zu benutzen, um sich gewaltiges Geld über etwas zu eilen zu verschaffen. Also der Sohn des Delegierten ihnen ein ungeliebte 15jährige Knabe. Mit den Worten: „Was, gib's Geld her oder wir verfeilen Dich!“ vertraten sie ihm den Vogel. Der Junge rief aber aus und sie ließen ihn laufen. Am Ausgang des Dorfs kam das Dienstmädchen eines Bäckermeisters mit einem Ei auf dem Arm, das es zu einem Kunden tragen sollte. Mit denselben Worten wie

erst. Das Mädchen blieb aber fest, nahm die beiden „Kinder“ und ging dann an um Hilfe zu rufen. Da gaben die beiden Attentäter Gefangen und es hat auch eine ganze Zeit gebauten, die von der Polizei erfaßt worden sind. Beide waren gefangen und sollten auch aufschlagnige Neu über ihre Straftaten zu erzählen. Das Urteil lautete auf 6, bez. 6 Monate Gefängnis. (1)

#### Dresdner Sehenswürdigkeiten.

**Königliche Gemälde-Galerie (Swinger).** Dienstag, Freitag, Sonnabend, Sonnabend 10 bis 12 Uhr frei, 2 Uhr 1,50 Mark.

**Königliches Kunsterzbüro (Swinger).** Dienstag, Freitag, Sonnabend, Sonnabend 10 bis 12 Uhr frei.

**Königliches mathematisch-physisches Salón (Swinger).** Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag 10 bis 12 Uhr frei, 2 Uhr 1,50 Mark.

**Königliches mineralogisch-geologisches und paläontologisches Museum (Swinger).** Dienstag, Freitag, Sonnabend, Sonnabend 10 bis 12 Uhr frei.

**Königliches zoologisch-anthropologisch-ethnographisches Museum (Swinger).** Sonn- und Feiertags 11 bis 12 Uhr frei.

**Königliches Uhren-Museum (Swinger).** Dienstag, Sonn- und Feiertags 10 bis 12 Uhr frei.

**Königliches historisches Museum (Rüttammer) und Gewehr-galerie (Johanneum I.).** Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonn- und Sonnabend 10 bis 12 Uhr frei.

**Königliche Porzellan- und Geschäftsammlung (Johanneum I.).** Dienstag bis Freitag 10 bis 12 Uhr frei, 2 Uhr 1,50 Mark.

**Königliche Porzellan-Museum (Schloßplatz).** Dienstag und Freitag von 10 bis 12 Uhr frei.

**Königliches historisches Museum (Rüttammer) und Gewehr-galerie (Johanneum I.).** Dienstag, Sonn- und Feiertags 10 bis 12 Uhr frei.

**Königliche Stuckurensammlung im Albertinum und in der Frauenkirche 12, 1. (Cofel-Palais).** Dienstag, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr frei.

**Königlicher Botanischer Garten.** Dienstag von 8 Uhr bis 12 Uhr frei.

**Königliche Kunstsammlung (Gothaer Straße 34).** Werktag außer Montag von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr frei.

**Königlicher Kunstverein (Brühlsche Terrasse).** Täglich geöffnet von 10 bis 6, Sonnabend von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf., am letzten Sonntag des Monats 20 Pf.

**Königliches Kunstmuseum (Prager Straße).** Täglich geöffnet.

**Galerie Ernst Barlach, Schloßstraße 34.** Permanente Gemälde-Ausstellung.

**Stadtmauer (Neues Rathaus).** geöffnet Sonnabend von 5 bis 7 Uhr, Dienstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr.

**Königliches Kunstmuseum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch und Sonnabend 9 bis 12 und 2 bis 5, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

**Postwesen-Museum (Albertstraße 7).** Dienstag 9 bis 12, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr.

## Stadtverordneten-Sitzung

Vom 18. Februar.

Unter den Registrierten-Eingängen steht der Rat mit, daß er auf das Gesuch des Bezirksvereins für die Johannstadt um Verlängerung der Spielplätze auf dem Fürstenplatz und um eine bessere gärtnerische Ausgestaltung beschlossen habe, den wünschen wenigstens insofern zu entsprechen, daß die Spielplätze erhalten bleiben, gleichwohl aber verändert wird, daß die Kinder auf die belebte Fürstenstraße laufen und so gefährdet werden.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Verlängerung eines Lusttanzsaals und eines Flugplatzes.

Zwei liegen Eingaben der Rechtsanwälte Dr. Freytag und Dr. Kettler ab. Beide der Niederrhein-Borodiner Flugplatz-Interessen und Gemeinderäte von Magdeburg, Eisenberg, Moritzburg, Leisnig und Wilsdruff vor. Das Gutachten der vertragten Aufsicht lautet:

Gutachten möge nach der Ratsvorlage der Errichtung eines Lusttanzsaals und eines Flugplatzes auf Nobitz-Mildenau bestimmt, zur Bedeutung der bei der Vorstellung der ganzen Angelegenheit entstandenen Kosten 15.000 M. berücksichtigen und den Antrag des Stadts. Lehmann vom 11. Juli 1912 an die vorliegenden Eingaben für erledigt erläutern.

Stadt. Lehmann erläutert für den Rechtsanwalt Bericht.

Die Vorlage habe eine derartige Fülle von Vorbereitungen verursacht wie selten eine. Die Ausführliche hätten am Montag nach reifester Überlegung ihre Entscheidung in der Plastfrage gesetzt.

Die Kommission habe also zurück in Deutschland vorhandene Flugplätze beurteilt und befürchtet und zahlreiche Sachverständige gebeten,

je nachdem die in Frage kommenden Dresdner Gelände angegeben waren. Am Montag hätten nun die Ausführlichen überstimmen beauftragt, den Flugplatz auf Nobitz auszulegen. Erstlich in Form seines vorhergehenden überdrückt nur zwei Fälle gekommen;

der Niederrhein-Borodiner und der Magdeburg. Über den ersten ein so viele widersprechende Notizen und Urteile in der Tagesschreiberin, daß es notwendig sei, der Öffentlichkeit mitzuteilen,

somit man sich nun gerade für das Nobitzer Gelände entschieden habe. Der Flugplatz in Niederrhein, der von einem Verein angeboten wurde, sei von Sachverständigen wohl für die Landung großer Flugzeuge als technisch eindrucksvoll bezeichnet worden, dagegen hielten

die auswährenden Sachverständigen der Sachverständigen darüber, darunter auch das des bekannten Unternehmers und Fliegers Helmut Hirsch und des Hauptmanns

Werner, ungünstig geäußert, sowie die Landung von Flugzeugen

in einem kleinen und zwar wegen der vielen Unebenheiten der

Stadt und des felsigen Untergrundes. Hingegen läumten die wirtschaftlichen Chancen dieses Platzes, der weit von der Stadt entfernt ist und nach dem nur nach Überwindung einer großen Steigung

zu gelangen sei. Die Errichtung einer Straßenbahn wäre deshalb

in ersten Linie notwendig, deren Herstellungskosten auf 800.000 M.

ausgelegt werden sollen. Die interessierten vier Gemeinden würden

ein Zuschuß von 150.000 M. einzubringen vermögen. Nach

angeführter lagen die Verhältnisse bezüglich des dauernden Betriebes

oder Straßenbahn. Zeitigt der Flugveranstaltung würde die

Stadtbank dem Antrag des Publikums nicht genügen, während

in anderen Zeiten infolge des geringen Verkehrs auf eine regelmäßige Wagenfolge nicht zu denken sei. Durch eine Abweichung der

Stadtverwaltung-Nadelburg-Niederrhein nach dem Flugplatz er-

steht man nicht mehr. Diese Laha ist schon jetzt an schönen

sonnigen dem Antrag des Publikums nicht gewachsen und

ein ebenfalls ältere Wagenfolge ist nicht möglich. Alle diese Schwierigkeiten führen bei dem Flugplatz in Nobitz nicht in Frage. Die Sachverständigen-Gutachten lauteten hier mit Ausnahme eines einzigen

z oder Rückzug glänzend, insbesondere freien die von den Verfächtern des Borodiner Projekts wegen der Nähe der Elbe gewährten

Neben- und umzugsreichend zurückgewiesen worden. Ein kleinen Un-

ternehmen des Platzes liegen sich mit dem geringen Aufwand von

200 M. befassen. Hinzu kommt, daß in wirtschaftlicher Beziehung

der Platz im Niederrhein leicht überlegen ist. Der Nobitzer

ist in unmittelbarer Nähe der Stadt. Eine Straßenbahn führt

aber noch nicht dahin, aber nach den Einverleibungsbedingungen sei

die Stadt ohnehin gezwungen, eine solche den Nobizern zu bauen.

Der Nobitzer würden die Dampfschiffe einem leichten Zugang nach dem

Flugplatz schaffen und aus der anderen Richtung einen Straßen-

verkehr. Auch das für die Füllung der Wirtschaft benötigte

Personal sei nach Nobitz viel leichter heranzuholen als nach Bor-

odin. Sowohl die leichte Erreichbarkeit spricht für Nobitz.

Das Terrain, das einen Wert von 2 Millionen Mark habe,

ist bereits gekauft. Die Aufsichtsfahrt-Alttengesellschaft in Frankfurt a. M. (Teleo) müßte ein Kolleg- und Vorlesungssaal mit

einer Million aufbringen. Das Reich sollte die Sache mit

2000 M. jährlich unterstützen. Der Platz werde der Gesellschaft

der Stadt auf 20 Jahre unentgeltlich überlassen, jenes

würde sie auf die ersten 10 Jahre jährlich eine Subvention von

20000 M. beitragen, für die weiteren zehn Jahre eine

Subvention in gleicher Höhe, wenn die Gesellschaft nicht in der Lage

ist, eine Dividende von 4 Prozent zu verteilen. Gegenüber den im

Platz geäußerten Bedenken wegen Überlastung des Platzes auf

20 Jahre sei jedoch zu modern, daß die Entwicklung der Stadt

noch so schnell vor sich gehen werde, daß der Platz schon eher

überfüllt gebracht werden könnte. Ebenso seien Bedenken gegen

die hohe finanzielle Unterstützung der Gesellschaft laut geworden.

Dann man aber einmal einen Flugplatz schaffen wolle, müsse man

die erforderlichen Mittel aufbringen.

Der Verhandlungsrat des Finanzausschusses Stadts. Blümner

sagt aus, daß das ganze Projekt einen Kostenaufwand von 8 Millionen

Mark verursachen. Davon entfallen 2 Millionen für Grundwerb,

die restliche der unentgeltlichen Überlassung des Platzes aber in

Nobitz lämmt. Eine Million Mark erforderten die Errichtung der

Schiffshalle und sonstige Ausgaben. Im laufenden Zweckjahr

zu Weihnachten 1912 200000 Mark Vertriebskosten, 75000 Mark

zu Abholzungen und 120000 Mark für Verzehrung des gesamten

Flugkapitals, insgesamt also 220000 Mark. In Einschätzung ständigen

und 20000 Mark Eintrittsgelder, 25000 Mark sonstige Ein-

nahmen und 20000 Mark Reinigungsbetrieb, im ganzen 120000 Mark,

so daß sich ein Haushalt von 100000 Mark ergibt. Wie

die Dinge liegen, bleibt nur übrig daß die Stadt die Finanzierung

des Unternehmens mit Hilfe einer Gesellschaft durchführen.

Stadt. Riedelstein (Verhandlungsrat des Verwaltungsaus-

schusses) wollte zunächst den Platz nur auf 10 Jahre überlassen

und nur auf 10 Jahre 100000 M. geben, hat aber seine Bedenken

abgeschafft, weil ihm versichert worden wäre, daß dann das ganze

Projekt nicht aufzunehmen würde.

Ein Minderheitsgutachten der Stadts. B. und Genossen (Soz.) geht dahin, 1. der zur gründenden Dresdner Lust-

tanzsaals-Gesellschaft das zur Errichtung eines Lusttanzsaals und

Flugplatzes benötigte Gelände auf 10 Jahre zur Verfügung zu stellen, 2. diesen Platz während dieser Zeit so lange unentgeltlich zu überlassen, bis von der Gesellschaft ein Beigewinn zur Ver-

teilung kommt, 3. eine weitere Finanzierung aber ab-

zulehnen.

Stadt. B. (Soz.) trifft der Bedenkung entgegen, daß die

Stadt mit der Überlassung des Platzes kein großes Opfer bringe.

Es handele sich um eine ca. 100 Hektar große Fläche, deren Ver-

teilung zu rein landwirtschaftlichen Zwecken seien die Summe von

jährlich 10000 M. ergäbe. Deshalb haben wir das Minderheits-

gutachten eingeholt, weil die Gründer und Interessenten des Unter-

nehmens doch so viel Idealismus zeigen sollten, wegen 40000 M.

nicht das Projekt scheitern zu lassen. Die Stadt sollte jetzt in zehn

Jahren für die zu gründende Gesellschaft 400000 M. aufbringen.

Wie beginnen auch, daß der Platz nur auf 10 Jahre überlassen

werde, denn es können leicht Möglichkeiten eintreten, daß der Platz

noch wieder gebraucht wird. Dann ist aber die Stadt ver-

traglich gebunden. Die Anfangsnahme des Flugministeriums und

die Errichtung des fraglichen Geländes zu Industrie- und Wohnzwecken dürfen nicht mehr als lange auf sich warten lassen. Wenn das Gelände nicht gebraucht und die Rentabilität des Unternehmens durch die Entwicklung der in Betracht kommenden Industrie garantiert werde, kann der Vertrag ja noch immer verlängert werden. Die Sparkasse, die uns bei der Belebungsfeststellung über die 70-Millionen-Anleihe vor Augen geführt wurde, muß doch auch etwas ins Gewicht fallen. Sogen. den Gründern an der Verwirklichung des idealen Projekts, so werden sie auch die eine Million Mark ohne weitere Beteiligung der Stadt aufbringen.

Oberbürgermeister Dr. Beutler: Die Vertreter der Bog-

dorfer Interessenten haben einzelne, in daß von der

Stadt angestraute Nobitzer Gelände eingesprungen Flur

ist aufgegangen zu welchem Zweck, wäre es nicht. (Große

Heiterkeit.) Der Rat werde jedenfalls nicht dulden, daß mit kleinen

Mitteln keine wichtigen und klaren gestellt werden, denn der Staat

sei es nur um die gemeinsame Seite der Sache zu tun, der Bog-

dorfer Gesellschaft aber nicht, die sollte das Gelände nur neuen

Leuten bringen. Er erwarte, daß wenigstens die Dresdner

Stadt aus dieser Gesellschaft austreten und jetzt von ihren Grund-

stücksläufen freiwillig zurücktreten werden; andernfalls hoffe er,

auch auf anderer Weise zum Ziele zu kommen. Dann würde sich

Redner gegen das Kinderheitsgutachten.

Stadt. B. (Soz.): Herr Dr. Vogel weiß darauf hin, daß 80000 M. für die

Huldigungsschreie der deutschen Städte in Aussicht genommen

sind und meint, daß die Form der Huldigung und der hohe Kosten-

punkt nicht zu billigen sind. (Vereinzelte Bravo-Stimme.)

Stadt. B. (Soz.): Herr Dr. Vogel weiß auch über die Huldigung der Veteranen-

-behörden. Das sei würdiger als die Unterstützung der Veteranen

durch Verhandlung von Altersbezügen. Er erscheine den

Veteranenstag doch noch fallen zu lassen.

Oberbürgermeister Dr. Beutler: Redner habe sich in seinen

Ausführungen widergesprochen. Wenn die Mittel anlässlich eines

Revolutionstages bewilligt werden sollen, würden danach die Sozial-

bürgermeister dafür zu haben sein. Über da es sich um einen vater-

ländischen Gebetstag handelt, seien sie dagegen. (Das ist richtiges

Quatsch. Dr. R.)

Oberbürgermeister Dr. Vogel würdigt auch, daß die Unterstüzung

der Veteranen durch das Reich sehr bald in höherem Maße erfolgen

möge als bisher. Diesen Gesichtspunkt hätten aber nicht bloß die Sozial-

bürgermeister im Auge gehabt, sondern auch die Bürgerlichen Parteien.

Wenn wir jetzt die Rolle der Veteranen für das Stadtbild be-

urteilen wollen, so könne das doch kein Anlaß sein, und daraus einen

Vorwurf machen, daß er eine solche Gelegenheit nutzt, um einen Be-

stimmten Standpunkt in einer Weise zu vertreten, der uns verlegen muß. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Oberbürgermeister Dr. Beutler führt aus, daß Bürgerliche

Herrn auf Rechnung wiederholt Anträge auf Besserstellung der

Veteranen gestellt hätten, die lediglich an den schlechten finanziellen

Stand des Reiches geklagt seien. In Sachen der Huldigungsschreie bitte er, keine Schwierigkeiten zu machen, da es sich um einen Be-

stimmten Standpunkt handelt, den Redner am Weiterreden zu hindern.

Stadt. B. (Soz.): Herr Dr. Vogel hat gesagt, ich hätte









**Altmühler Str. 14** Tel. 3102 **Wittenbauerstr. 24** Tel. 3070  
**Klaunstraße 4** Tel. 2207 **Wettinerstr. 17** Tel. 1635  
**Bismarckplatz 13** Tel. 4162 **Notenstr. 43** Tel. 1735  
**Zwingergasse Lindenausstraße** **Gedächtnistr. 27** Tel. 4086  
**Görlitzer Str. 12** Tel. 2808 **Torgauer Str. 10** Tel. 1539  
**Herrenstr. 11** Tel. 4871 **Trompeterstr. 5** Tel. 2967  
**Wartbauer Str. 14** Tel. 4050 **Reitewigstr. 11** Tel. 4114  
**Kontore und Lagerellen: Wölfnitzstr. 1.** Tel. 1694.

Einnahmen vormittag wichen direkt aus den Dampfern eintreffend:

### Ein Waggon fr. Seefisch.

Besonders preiswert und zu empfehlen sind:

<b>Kabljau ohne Kopf</b>	in ausgewählten großen Gütern . . . Pfund	<b>20</b> Pf.
<b>Kabljau, „Helgol.“</b>	steife, grüne, 1- bis 3-Pfund-Güter . Pfund	<b>22</b> Pf.
<b>Seelachs, „Helg.“</b>	nur fleisch, in großes exemplaren Pfund	Pf.

### Für Gemeindeverwaltungen!

Niederverkäufer usw. besondere ermäßigte Preise bei Entnahme  
von mindestens 50 Pfund einer Sorte.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Von täglich frischer Zubereitung:

**Ia Rollheringe** (sog. Berliner Rollmöpse)  
Postdose 180 Pf., bei 5 Dosen a 175 Pf., 10 Dosen a 165 Pf.

**Ia neue Kronsardinen**

Postdose etwa 120 Stück . . . . . 180 Pf.  
5 Dosen a 175 Pf., 10 Dosen a 170 Pf.

**Neue feinste Gewürzheringe**

Postdose etwa 80 Stück . . . . . 220 Pf.  
5 Dosen a 215 Pf., 10 Dosen a 205 Pf.

**Hochf. grätenlose Ia Delikatessheringe** in Weinsoße, Postdose etwa 32 St. 230 Pf.

5 Dosen a 225 Pf., 10 Dosen a 215 Pf.

**Neue grätenlose Ostsee-Delikatess-Fettheringe** in Bouillon, Champ-

Bein- oder Tomatensoße

Dose, etwa 1 Pfund schwer, 95 Pf.

Dose, etwa 4 Pfund schwer, 55 Pf.

Postdose mit 5 Dosen 7,- R., Postdose mit 10 Dosen 7,50 R.

1,212,7] Verkauf prompt gegen Nachnahme.

### Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche  
Schriftliteratur, Unterlagen und Druckschriften nimmt jederzeit  
zu uns  
Paul Friedl, Kreisberater Straße 116.

Verlag Raden & Comp., Dresden-Alt.  
Große Zwingerstraße 12/14

Wir empfehlen:

## Krieg

Ein Buch der Not

Dem Willen zum Frieden gewidmet von  
Franz Dieberich

Mit 8 Bildern von Boeskin, Goya, Klinger u. Weruschwagin

104 Seiten 8° 1,25 R.

Die Wiener Arbeiterzeitung lädt in einer längeren  
Veröffentlichung: „Ein lebenshaftes und klärendes Buch ist es,  
was Franz Dieberich uns hier in danger Stunde bietet.  
Wenn wir Frieden auf Erden rufen, so sind wirklich  
die berühmtesten Geister, die das Wort und das Bild meisterten,  
mit uns und reben uns aus der Seele.“

Die „Friedenswarte“, das deutsche Organ der interna-  
tionalen Friedensbewegung, urteilt: „Ein Propagandabuch  
bester Art für die breiten Massen.“

### Gardinenreste!

weiß und creme, abgebaute  
Gardinen, Stores und Vor-  
hänge kostengünstig, angeleimt.  
Gardinen zur Hälfte des  
Preises. Zettstraße 10, 1.

Nur dr. Brüderg. 10, II.

neben Restaurant Wobbs  
kaufen Sie alte herbstliche  
Kleider getragene wie auch neue  
Hosen. Durch- u. Sack-Gehänge  
in billigen Preisen.

### Pflegeeltern gesucht!

Familien, die gewünscht sind, Kinder in Pflege zu nehmen, werden  
gebeten, ihre Adressen unter „Kinderfreikommission“ an die Ex-  
pedition der Volkszeitung Birken zu senden.

249/978

Ia. Rock- und Paletot-Schneider  
auf Werkstätte und außer dem Hause für sofort geachtet.  
Jordan & Mendel, Prager Str. 6.

Lassen Sie sich bei  
**Husten, Satarrh**  
nicht jedes Bonbon  
einreden

und unzählige den Wagen ver-  
führen. Das beste Mittel bei  
Husten und Heiserkeit sind und  
bleiben **Sanussa - Bonbons**.  
Dasselbe enthalten Malzgekroft,  
Honig, Almondwurzel, Gachou usw.  
Nicht Genuß einiger Bonbon  
Erfolg. 1/2 Pf. 25 Pf. beim  
schokoladen - Hering.

### =Auf Kredit!=

Möbel u. Polsterwaren  
Herren- u. Damen-  
Konfektion

Kinderwagen

Wasche \* Federbetten

Anz. v. 3 M. Woche 1 M. an.

Kredithaus Miersch

Marienstr. 13, I. u. II.

gegenüber Drei Raben.

Werbewaren-Niederlage

in Potschappel

Dresdner Straße 39 b, I. Et.

Die großen

95 Pf.-Tage

mit den vielen neuen sensationellen

Welt-Schlägern

haben begonnen. Zum Beispiel

Blume Brauen, Wirtschafts-  
schürzen mit Blumenlas.

Miederstoff, Garbinen

usw.

**Reste** extra

billig.

Konfirmand- Anstaltungen,

Zentrale für ungebleichte

Werbwaren.

Weine bekannt billigen Preise

find während dieser Zeit auf

alle Artikel noch

bedeutend ermäßigt!

**Neue moderne**  
sowie auch gute  
gebrauchte  
Herren- u. Damen-  
Garderobe

verkauft zu anerkannt

billigsten Preisen

**Carl Kreidl**

Mitglied des A.-R.-B. Solidarität

Gruppe Dresden-Alst.

nur Töpferstr. 1, I.

**Teppiche**

mit kleinen Webstühlen für die

Hälfte des Wertes

**Starer**

Grunauer Straße 22, I. Etg.

**Fahrräder**

neue u. gebrauchte

neue Fahrräder, wie alle

Stahlrahmen, Schläuche, Münzel usw.

Reparaturen aller Fahrräder in

besonders geübter Werkstatt schnell

und zu äußerst günstigen Preisen.

C. Schneider, Schandauerstr. 25

**Schuhwaren**

Schaft- u. Arbeitsstiefel.

**Erste**

Dresdner Zentral-

Bekleidungshalle

13 Neue Gasse 13

2 Min. vom Pirnaischen Platz.

**Obstweine vom Fass!**

Heidelbeerwein, vorzüglich, Litschwein

(Gutsernen ähnlich empfohlen),

Witter 10 Pf., 10 Liter 1,16.

Johannisbeerwein (Schwein-Ob-

erather), Witter 70 Pf., 10 Liter 1,16.

**Röder & Herklotz**

Ulförzfabrik und Fruchtsaftpreßerei

Zittau 52. [B 67]

Von ausserhalb freie Fahrt hin und zurück!

**Wir Prager Str. 26**

kaufen nur  
weil man dort **Anzüge, Ulster und Paletots** für  
jede Figur passend bekommt

**Monats-Garderobe**

von feinsten Herrenstücken wenig getragen aber verlässlich  
gewesen. W. 10, 12, 15, 18, 20, 22 usw.

Eigene Fabrikation neuer Garderobe: [A 81/7]

Serie I

Anzüge . . . . . 12.— 14.—

Ulster . . . . . 11.— 13.—

Paletots . . . . . 10.— 12.—

Serie II

Anzüge . . . . . 16.— 20.—

Ulster . . . . . 15.— 18.—

Paletots . . . . . 14.— 16.—

Serie III

Anzüge . . . . . 24.— 26.— usw.

Ulster . . . . . 21.— 25.— usw.

Paletots . . . . . 20.— 22.— usw.

Frack-, Gehrock-, Smoking-Anzüge,  
Gummi-Mäntel, Hosen und Westen  
sehr preiswert.

Gesellschafts-Anzüge verleihen wir  
von W. 8.— an.

**Kaufhaus für Herren-Garderobe**

G. m. b. H.

**26 Prager Straße 26**

nur Laden



### 6. Reichstagswahlkreis. Bez. Löbau.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 12. Februar  
der Genossen

[V 50/8]

### Friedrich Gorisch

im Alter von 32 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Sonnabend den 16. Februar, nachm.

2 Uhr, von der Halle des Löbauer Friedhof aus statt.

Um zahlreiches Geleit erachtet **Die Ortsverwaltung.**

### Deutscher Metallarbeiterverband



## Reichstag.

III. Sitzung: Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatlich: Dr. Ebert.

Präsident Raempf stellt unter allgemeiner Unaufmerksamkeit das Dokument des Kassenwartes für den Glückwunsch der Verlobung seiner Tochter mit. (Nur einige liberale Abgeordnete erheben sich, um die Verlehung des Schreibens in Obhut stehend anzuhören.)

### Stat des Reichsjustizamts.

(5. Tag.)

Abg. Haas (Sp.): Sicherlich gibt es Urteile, die als Massenurteile zu bezeichnen sind, aber sie sind doch nur Ausnahmen. Niemand kann es billigen, wenn bei Strafprozessen jemand für ein Schimpftwort, das sonst mit 5 M. Geldstrafe geahndet wird, wochenlang ins Gefängnis gesetzt wird. (Abg. Helm (Soz.): Solche Urteile erleben wir alle Tagel.) Auch wie belligen solche Urteile. So ist der Richter nicht aus seiner Haut heraus kann, ist nur ein schlechter Trotz. Speziell in Norddeutschland haben die Richter, wie es scheint, kein Verständnis für die Art des Strafs. Wenn ein Richter sich gegen den, der ihm beim Streit in den Rücken fällt, zu einem Schimpftwort vorbereitet fühlt, so handelt er doch nicht ehrlich. (So richtig ist das den Sozialdemokraten.) — Im Fälle Galenburg hätte es die einfache Staatsanwaltschaft erforderlich, daß schnell und scharf angeklagt wird. — Nicht nur die Arbeiter, sondern auch Handel und Wandel haben über die Weltfreiheit des Richter zu klagen. Unsere Nachprüfung ist viel zu formalistisch. In einem 12 Seiten langen Urteil entscheidet das Reichsgericht die Frage, ob der bei einem Preisfallen ausgesetzte Preis einzufangen ist oder nicht, und zwar beginnt es mit der Untersuchung des Magdeburger Stadtrechts zu Anfang des 18. Jahrhunderts (Hellerfeier) und beweist, daß es unmöglich sei, festzustellen, wie es vorher gekauft wurde. (Erneute Hellerfeier.) Vielleicht gute Richter haben sich nie mit dieser Jurisprudenz beschäftigt. Ein berühmter alter bürgerlicher Richter legte Held zu seinen Rechtspraktitionen: „Wenn Rechts sprechen sollt, so macht die Augen zu und fragt Euch, wer ist recht, und anderer sucht die juristischen Gründe, um die Entscheidung zu rechtfertigen.“ (Hellerfeier.) Bei der Ausbildung unserer jungen Juristen sollen ihnen auch nationalökonomische Kenntnisse und Kenntnis des gewerblichen Lebens vermittelt werden; wir brauchen eine moderne Rechtsprechung im modernen Deutschland. (Wortl. bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Aurst (noll) befürwortet die nationalliberale Klaft. Infolge dem Reich, Staat und Gemeinden bei Erweiterung der Post ein Rechtsstreit zu gestehen. — Politische Urteile gegen politische Gegner verurteilen und wir, doch stehen den fristlosen Urteilen Tausende von einwandfreien Urteilen gegenüber. — Das Votum des preußischen Ministers des Innern gegenüber der Eintragung von Kartervereinen ins Vereinsregister hat der Staatssekretär ja als formell einwandfrei verteidigt; aber der Minister des Innern hätte besser getan, daß er unterstellt und sich lediglich auf die Angelegenheiten seines Ministeriums zu kümmeren. — Eine Klaft hat im Reichstage glücklicherweise keine Aussicht auf Annahme. — Die Stelle des 6. Reichskommissars ist dringend notwendig; das lehnen in der Kommission auch die Sozialdemokraten entgegen. Um Plenum lassen sie sich nicht von sozialen Gründen leiten, sondern wollen sie lediglich aus Demonstration ablecken. Auch das bisherige Stelle nicht verschließen. (Wortl. bei den Nationalliberalen.)

Schatzkanzler Dr. Ebert bittet ebenfalls, den 6. Reichskommissar zu benennen; es entspricht das den dringenden Bedürfnissen des Reichsstaates.

Abg. Dr. Rennert (Sp.) bittet das Zentrum, von seiner Vertragspolitik abzusehen und den 6. Reichskommissar zu benennen.

Abg. Birkenmaier (V) polemisiert gegen den Abg. Haas, der das französische Recht gegenüber dem deutschen zu Unrecht hergehoben habe.

Die Abstimmung über die nationalliberale Resolution auf ein Vorlauffrecht von Reich, Staat und Gemeinden bei Erweiterung der Postverwaltung bleibt zunächst abweßhaft; der Haussitzung ergibt die Abstimmung mit 134 gegen 135 Stimmen.

Die Resolution Falz auf einen Gesetzentwurf über den Haushaltswahl des Konkurses wird angenommen, desgleichen die nationalliberale Resolution, die verlangt, daß Verhältnisse der Behörden, deren Aufstellung an eine Frist gebunden ist, am Schlussteil die Eröffnung enthalten müssen, wo, wie und in welcher Frist die Aufstellung angubtigt ist.

Die Abstimmung über den geforderten 6. Reichskommissar bleibt abweßhaft; der Haussitzung ergibt die Abstimmung mit 143 gegen 116 Stimmen.

Es folgt die Beratung des

### Post- und Telegraphenrechts.

Abg. Ebert (Soz.):

Die Einnahmen des Postamts haben sich weit stärker vermehrt als die Ausgaben. Früher war das anders, dann aber sah die Postfirma die Sparpolitik ein. Auch jetzt soll der Reichsfädel von der Post nicht weniger als 140 Millionen Mark erhalten. Aber zu Rechenschaften über die Postverwaltung liegt kein Anschlag vor, denn der Überblick wird zum großen Teil unter Widerspruch des Reichstages und im Gegenseitig zu einer vernünftigen Sozialpolitik auf Kosten des Personals, besonders der unteren Schichten des Personals, herangewickelt. Zum überigen betrachtet er auf der allgemeinen Verfassungssteuerung, an der der Postdienst unschuldig ist. Am Gegenenteil hat ihm Verfassungsgerungen unangenehm. Wer in der Post eine Erwerbsanstalt erblickt, dem werden Überhaupt natürlich wichtiger erscheinen, als die Durchführung einer großzügigen Verkehrs politik. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Herr Oertel verlangt, wie sollten dem Postaufsichtsrat das Rad. nicht stören gegenüber dem Schatzkanzler. Wie seien aber, daß Herr Oertel und Herr Kühn ein Herz und eine Seele hab. Zum nächsten Weltkongress sind aus den Kreisen von Handel und Industrie eine Reihe von Wünschen laut geworden und die Postverwaltung sollte über ihre Stellung zu den dort angeregten Fragen eine klare Auskunft geben.

Wird bei uns einmal eine Neuerung eingeführt, so ist sie sicher mit einer Verschlechterung verbündet; ich verweise nur auf die Verschlechterung beim Postbedienstentwurf, den die Kommission verabschiedet hat, und die die Verwaltung doch wohl leichter zulassen will. — Dann habe ich Bedenke darüber zu führen, daß die Gewerkschaften und Krankenkassen von der Postverwaltung anders behandelt werden als private Versicherungsgesellschaften; diese dürfen ihre Leistungspapiere verwenden, den Arbeitern wird es verwehrt. Gegen dieses Wesen mit zweierlei Zähnen müssen wir lächerlich protestieren und ich verlange vom Staatssekretär Abhilfe.

Den bestätigten Widerspruch fordert die Personalpolitik.

der Postverwaltung heraus. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag ist im sozialpolitischen Dingen doch gewiß sehr zurückhaltend, und doch sieht die Postverwaltung auf diesem Gebiet mit dem Reichstag beständig auf Kriegsfuß. Mein Privatunternehmer kann so nicht ständig an den berechtigten Wünschen. Dann muß sich aber auch die Regierung daran gewöhnen, ihre

seines Personals vorzubereiten, wie die Postverwaltung. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Im Vorjahr stand hier eine ganze Reihe von Beschlüssen beschlossen worden, in denen eine Verfestigung des Postpersonals nach verschiedenen Richtungen hin verlangt wurde, und zwar wurden fast alle einmütig angenommen. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Zugleich hat der Bundesrat uns mitgeteilt, daß die Beschlüsse fast alle unberücksichtigt in seinem großen Papierkorb verschwunden sind. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Das geht die Verfestigung in seinem großen Papierkorb verschwunden sind. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir nicht im Lande den Eindruck erwecken wollen, daß es dem Reichstag mit solchen Beschlüssen gar nicht ernst sei, so müssen wir andere Wege einschlagen, um ihre Beachtung zu erlangen. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Auch der diesjährige Etat ändert nichts daran, daß den unterordneten Verwaltungsbehörden die gehobenen Stellen. Die Unterbeamten kommen in diese Stellen jetzt erst nach 10jähriger Dienstzeit, verbessern sich also bei dem Wissensgehalt von 1400 M. wirtschaftlich gar nicht, und kommen in den Dienst des Höchststandes fast nie. Die Frist für die Zulassung zur Prüfung an den gehobenen Stellen muß wesentlich verlängert und vor allem vereinheitlicht werden. In Berlin beträgt sie 22 Jahre (Beschafft. Hörtl hört bei den Sozialdemokraten), in Hamburg dagegen 15 Jahre. Den Beschluß des Reichstages, daß die feste Anstellung nach 10jähriger Dienstzeit erfolgen soll, hat der Bundesrat abgelehnt; es wird also auch weiterhin dabei bleiben, daß die Unterbeamten erst nach 12, 13 und 14 Jahren fest angestellt werden. Der Betrieb ist das angemessener, weil sie dadurch billigster wirtschaftet. Eines der

**frühesten Kapitel**

der Personalpolitik ist das der Postboten. Sie erhalten ein Lohn von 2 M. und 3 M., also durchschnittlich im Reichsgebiet von 2,50 M. (Burz bei den Sozialdemokraten: Unerhört!) Die erste Zulage erfolgt erst nach drei Jahren (Hörtl hört, und zwar besteht sie ganz 10 Pf. pro Tag und steigt sich bis zum 8. Dienstjahr um weitere 10 Pf. pro Tag, also auf durchschnittlich 3,00 M. Mindestens derartige elenden Löhnungen (Burz bei den Sozialdemokraten: Ünerhört!) Ja, wahrlich, es sind Hungerlöhnungen, mit diesen 34.000 Postboten ihr Leben feiern müssen; bleiben diese Löhnung doch an verschiedenen Orten hinter dem ordentlichen Lohn zurück. (Hörtl hört) Jetzt anständige Stadtverwaltung bezahlt ihre Dienstboten besser. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) Das mit solchen Löhnung auch die notdürftigsten Lebensbedürfnisse nicht bestreiten werden können, ist ja ganz selbstverständlich wenn der Postbote verhöhlt ist. (So richtig bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission lagte der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden. Vielleicht denkt sich der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unerschöpfliche junge Leute. Nach der Statistik der Reichsverwaltung selbst aber sind von 31.121 Postboten 564 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hörtl hört) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Vollbart bringen, und heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn gerade sie leben in Schulden, so kosten sie Gefahr, überhaupt nicht ehelich angestellt zu werden

# Wirtschaftliche Umschau.

## Der Kapitalbedarf der deutschen Industrie.

Zur genauen Analyse der Kapitalbildung und Verwendung in Deutschland fehlen noch die tatsächlichen Unterlagen. Nur einige Anhaltspunkte finden wir in der Statistik der Aktiengesellschaften sowie in der der ausgegebenen Effekten. Beide Quellen sind aber sehr ungenau und unvollkommen. Die Statistik der Aktiengesellschaften umfasst nicht einmal sämtliche Unternehmen dieser Art. So sind 1910/11 zunächst 242 Gesellschaften ausgewählt, die keine Böllanlagen der öffentlichen, ferner 110 „Rebendbeteiligungsgeellschaften“ mit einem Kapital von 61,2 Millionen und 11 Kartelle und Syndikate mit 5,27 Millionen nominalem Aktienkapital. Da es sich aber bloß um kleine Unternehmen handelt, so verursacht deren Auslassung keine großen Fehler. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß hier bloß das nominelle Kapital Berücksichtigung findet, während doch der Kurswert, der gewiß bedeutend über dem Nominalwert steht, den tatsächlichen Kapitalaufwand darstellt.

Die Statistik der zur Börse zugelassenen Papiere gibt schon aus dem Grunde kein genaues Bild, weil sie die Aktien, die nicht zur Börse zugelassen sind, auch nicht berücksichtigt. Die Berechnungen auf Grund der Steuermeldungen, die die Frankfurter Zeitung vornehmen, sagen uns nichts darüber, ob die Aktien im Ausland behalten oder nach dem Ausland abgeschoben, ob sie zurückgezahlt oder zusammengelegt usw. werden, davon ganz abgesehen, daß hier Toppelzählungen nicht möglich, sondern geradezu unvermeidlich sind. Eine Gesellschaft gibt Aktien aus, um Aktien einer anderen aufzutauen, die ihrerseits ihr Kapital in Aktien anderer Gesellschaften angelegt hat usw.

Trotz all dieser Ungenauigkeiten lassen sich aber dennoch einige interessante Gesichtspunkte aus der Betrachtung der Statistik der Aktiengesellschaften gewinnen. Wir finden zuerst, daß das eigene Kapital der Gesellschaften langjähriger als ihre Passiva, oder das fremde Kapital, das ihnen zur Verfügung steht, wächst. Es betragen das Kapital und die Reserven der Gesellschaften in Milliarden Mark:

	Aktienkapital	Reserven	Zusammen
1907/8	12,79	2,86	15,65
1908/9	13,20	2,86	16,06
1909/10	18,72	3,01	16,73
1910/11	14,23	3,25	17,48

Das Aktienkapital ist also um 1,44 Milliarden, die Reserven sind um 0,59 Milliarden gestiegen, zusammen weisen also Aktienkapital und Reserven einen Zuwachs von 2 Milliarden auf.

Dass dieses Bild im allgemeinen richtig sein dürfte, geht auch daraus her vor, daß nach der Frankfurter Zeitung in den Jahren 1908, 1909 und 1910 791, 973 und 862 Millionen Mark Aktien, zusammen also 2,626 Milliarden Mark ausgegeben sind.

Hat das Kapital der Aktiengesellschaften 1907/8 12,8 Milliarden betragen, so konnte es sich bis Ende 1910 in der Tat höchstens um 1,63 Milliarden erhöhen, für welche Summe Aktien ausgegeben worden sind. Der Umstand, daß die Statistik der Aktiengesellschaften das Jahr vom 1. Juli an beginnt, während die Frankfurter Zeitung die Aktienmission für das Kalenderjahr berechnet, kann dabei den geringen Unterschied zwischen der tatsächlichen Vermehrung des Aktienkapitals in der Höhe von 1,44 Milliarden und der Summe der zugekommenden Aktien im Betrage von 2,6 Milliarden verursachen.

Das fremde Kapital dieser Gesellschaften sieht sich aus Obligationen, Hypothekenschulden und anderen Passiva zusammen. Hier muß man wiederum darauf aufmerksam machen, daß eine Gesellschaft häufig Gläubiger der zweiten ist, das heißt ein und dieselbe Summe mehrmals in der Statistik erscheint. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sich derartige Fälle in dem Zeitraum von 1907/8 bis 1910/11 bedeutend vermehrt haben. Wir können deshalb die Verzeichnung der Passiva der Gesellschaften im allgemeinen als tatsächliche Verzeichnung des verbindlichen Kapitals betrachten.

Die Obligationen- und Hypothekenschulden sind von 4,04 auf 4,66 Milliarden oder um 0,6 Milliarden, die gesamten Passiva von 46,12 auf 53,68 Milliarden oder um 7,56 Milliarden gestiegen. Das fremde Kapital hat sich also viel rascher vermehrt als das Aktienkapital plus Reserven. Die Verschuldung der deutschen Industrie wächst bedeutend rascher als ihr eigenes verbindliches Kapital.

Woher haben aber die Aktiengesellschaften das notwendige Kapital erhalten? Der Kapitalprofit würde dazu nicht ausreichen. Wir wissen nicht, wie hoch sich die Rendite stellten, die diese Gesellschaften zahlten; man kann aber annehmen, daß die Schuldtreibungen und Hypothekenschulden mit 5 Prozent verzinst werden. In diesem Falle würden die Aktien wohl 0,87 Milliarden verschulden haben. Der Reingewinn und die Dividenden, die die Gesellschaften ausschütten, betragen in Milliarden Mark:

Gewinn	Dividende
1907/8	1,28
1908/9	1,11
1909/10	1,29
1910/11	1,80

In den vier Jahren 1907/8 bis 1910/11 machte der Reingewinn der Gesellschaften 5,7 Milliarden, die Dividendensumme 4,15 Milliarden Mark aus. Die Aktionäre verfügen also über die Dividende. Hätten sie diese ganz zum Kapital geschlagen, so wären die Gesellschaften davon nicht nur die 1,44 Milliarden, um die sich ihr Kapital vermehrt hat, auf-

### Neues aus aller Welt.

#### Bländung der Veterandenhilfe.

Zum Siegen gehört siegen wollen und zum Siegen wollen gehört in allergrößer Linie Liebe zum Vaterlande, so sagen unsere allgegenwärtigen Altbürgern. Und sie haben damit nicht so unrecht.

So sieht die Veterandenhilfe, wenn, wie jetzt am 1. Februar 1913, in der Gemeinde Remmern (Märkte) einem alten Krieger die Veterandenhilfe vor den Gedärden gepfändet wird?

Der Mann hat ausweislich seines Militärpasses bei Weissenburg, Weiß, Sedan und vor den Mauern von Paris mitgesiegt, hat ein glänzendes militärisches Führungszeugnis, auch im weiteren Leben keine Strafen erlitten, ist also der Schutz vollaus "würdig".

gedacht, sondern auch die Hypotheken- und Obligationenschulden ganz überflüssig gemacht haben. Ihnen würden noch rund 2 Milliarden übrig bleiben, mit denen sie einen Teil der sonstigen Passiva decken könnten. Der andere Teil aber von rund 3 Milliarden müßte dennoch irgendwo auswärts gezahlt werden. Hätten diese Gesellschaften keine Sinsen zu zahlen, so würde sich ihre Schulden wahrscheinlich um 1 bis 2 Milliarden vermindern. Auf keinen Fall könnten sie sich aber ganz aus eigenen Mitteln in dem Maße ausdehnen, wie sie dies in der Tat getan haben.

Daraus folgt, daß Deutschland in dem Stadium der Entwicklung seiner Industrie, in dem es sich momentan befindet, eigentlich selbst kaum genug Kapital für den Export aber gewiß nichts übrig hat. Der Kapitalexport, der trotzdem stattfindet, geht auf Kosten der einheimischen Industrie, die in ihrem Kapitalbedarf entweder eingeschränkt wird oder sich an das Ausland um Unterstützung wenden muß.

In der Tat wissen wir, daß nicht nur Industriegesellschaften in der letzten Zeit mit ihren Kapitalansprüchen zu rechnen müssen, sondern daß es selbst den Staaten fast unmöglich ist, Geld zu erhalten. So vergleicht Bayern mit den Angaben Homburgs verdeckt die Verschuldung seiner Arbeitnehmung für Hälfte auf bessere Zeiten und muß sich für die in diesen Tagen begehrten 30 Millionen Mark seiner 4prozentigen Rente mit einem Erlös von 27% Prozent begnügen. Die Stadt Karlsruhe hat bekanntgegeben, daß sie mit Rücksicht auf die veränderte politische Lage den bereits anbereiteten Gewinn zur Einziehung von Angeboten auf eine neue Anteilnahme von 7 Millionen Mark aufstehe, und außer den genannten Bundesregierungen und Kommunen seien noch zahlreiche andere öffentliche und private Darlehensnehmer die Summe der Erfüllung von finanzieller Pein herbeigeführt.

Wenn gleichzeitig die deutschen Banken Rumänien eine Anteile gewähren und sich anschließen, einen Teil der chinesischen Anteile zu übernehmen, so spielt hier, wie wir sehen, nicht die absolute Unmöglichkeit, das Kapital im Ausland unterzubringen, eine Rolle, sondern die Verschiedenheit in der Profitrate bildet das leitende Motiv für diesen Kapitalexport. Denn Rumänien zahlt für seine 150 Millionen-Anteile nicht weniger als 7 Prozent Rente! Gewiß werden die Banken Rumänien bereitwilliger Geld vorgenommen als Hamburg, das 4 bis 5 Prozent zahlen will.

Im allgemeinen ist der Kapitalexport nach dem Ausland trotz des höheren Zinses in fremden Ländern nur gering im Vergleich zu dem im Ausland beschäftigten oder neu aufgebrachten Kapital. Auf Grund der Effektivsteuerabnahmen berechnet die Frankfurter Zeitung, daß folgende Summen angelegt worden sind (in Millionen Mark):

	1908	1909	1910	1911	1912
In inländischem Kapital	2747	3070	2087	2706	3122
In ausländischem Kapital	230	740	323	523	219

Das Auslandskapital ist also um 1,44 Milliarden, die Reserven sind um 0,59 Milliarden gestiegen, zusammen weisen also Aktienkapital und Reserven einen Zuwachs von 2 Milliarden auf.

Aufßerdem kommen noch die neuangegebene Staatspapiere, die nicht versiegeln werden und deren Summe in den Jahren 1908 bis 1912 1079, 1967, 621, 236 und 631 Millionen Mark beträgt, hinzu. Im ganzen wurden also fürs Ausland 13 682 Millionen Mark für neue Aktien, Obligationen usw. und außerdem für Staatschulden 3634 Millionen Mark aufgebracht; für das Ausland 2289 Millionen Mark. In den letzten fünf Jahren sind also ins Ausland 2289 Millionen Mark geschickt worden, oder 16,5 Prozent von dem, was das Ausland an Kapital absorbiert hat, ohne die Staatschulden, die zum großen Teile ebenfalls zu produktiven Zwecken verwendet wurden.

Dabei muß noch beachtet werden, daß im Jahre 1907 die Aktiengesellschaften ein Siebentel und sämtliche Gesellschaften rund die Hälfte aller Erwerbsfähigen beschäftigt haben, daß folglich das inländische Kapital noch weit größer ist als das, das in den Effekten zum Ausdruck kommt. Außerdem kommen nach Deutschland aus anderen Ländern meist nur Staatsanleihen und Obligationen, deren Kurswert eher unter als über dem Nennwert steht, während der Kurswert deutscher Papiere im allgemeinen über dem Nennwert steht, so daß das faktisch aufgebrachte Kapital für das Ausland viel höher ist als die versteuerte Summe, während das wirklich nach dem Ausland exportierte geringer ist als der Nominalwert der Effekten.

Kapital kann auch in der Form von Waren exportiert werden. Betrachten wir den deutschen Handel, so finden wir folgendes: Es betrug die Ein- und Ausfuhr in Millionen Mark:

	Einfuhr	Ausfuhr		
1907	1911	1907	1911	
Rohstoffe	4015,1	5270,8	1658,4	2020,7
Fertige Ware	1888,0	1842,5	4888,1	5078,3
Nahrungsmittel	2217,8	2761,1	380,9	786,6
Wisch	226,8	281,6	11,8	12,5
Im Ganzen	8748,7	9706,0	6516,2	8126,1

Die Einfuhr ist um 957,3 Millionen, die Ausfuhr dagegen um rund 1360 Millionen, also im Verhältnis zur Einfuhr um 400 Millionen mehr gestiegen. Am einzeln ist der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von Rohstoffen von 3258 Millionen auf 3241 gestiegen, der Ausfuhrüberschuß von fertigen Waren dagegen von 3249 auf 3836 gestiegen. Es sind also um 587 Millionen mehr Waren ausgeführt worden. Dafür liegt der Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln von 1678 auf 1975,3 oder um rund 300 Millionen, an Vieh von 215 auf 219 Millionen. Abgesehen also von der verstärkten Ausfuhr von Rohstoffen, die eine sichere Rente zu erhalten. Als wichtigster Reiz der Industrie treten nur wenige Berufe hervor, deren Stelle vom Staat leicht wird eingenommen werden können.

Solche Interessengemeinschaften sind auch von anderen Unternehmen eingegangen worden. So von Krupp mit der Westfälischen Drahtindustrie. Die modernen "Unternehmer" sagen sich selber von ihrem "Unternehmerberuf" los, um mit einer sicheren Rente zu erhalten. Als wichtigster Reiz der Industrie treten nur wenige Berufe hervor, deren Stelle vom Staat leicht wird eingenommen werden können.

Die Bürbacher Konzerns die nötige Rente. Dadurch wächst sich der Bürbacher Konzern in einem Maße weiter aus, daß er nunmehr zu den größten deutschen Montanunternehmen gezählt werden muß. Die Vereinigten Stahlwerke Bürbacher-Gieß-Eichendorff und des Schlesischen Bergwerksvereins, seit 1908 von 30 auf 50 Millionen erhöht. Die Diskonto-Gesellschaft folgt ihnen nach. Schlesien ist im wirtschaftlichen Aufstieg begriffen, und es ist deshalb ganz ecköderlich, wenn die Großbanken ihr Interesse auf diese Gebiete geworfen haben. Die letzten politischen Ereignisse, die durch vor einem Kriege mit Russland, hat in Breslau einige Rücksicht auf die dortigen Banken herverursachen. Die erschöpfernde Stellung der kleinen Banken und Privatbankiers suchen die Großbanken auszunutzen, indem sie darauf bauen, daß das Vertrauen des Publikums zu ihnen fester ist als zu den kleinen Banken.

Interessanter ist eine andere Verbindung, die in diesen Tagen geschlossen worden ist, nämlich die der Vereinigten Stahlwerke Bürbacher-Gieß-Eichendorff-Bergwerksverein mit dem Schlesischen Bergwerksverein. Die Interessengemeinschaft zwischen diesen Unternehmen wird auf 30 Jahre geschlossen, derart, daß die Verwaltung des Schlesischen Bergwerksvereins ganz an die Vereinigten Stahlwerke Bürbacher-Gieß-Eichendorff übergeht, während diese letzteren dem Bergwerksverein eine definitive Dividende garantieren, und zwar für die nächsten acht Jahre eine solche von 12 Prozent, für die weiteren eine solche von 14 Prozent.

Diese Interessengemeinschaft sichert dem Bürbacher Konzern die nötige Rente. Dadurch wächst sich der Bürbacher Konzern in einem Maße weiter aus, daß er nunmehr zu den größten deutschen Montanunternehmen gezählt werden muß. Die Vereinigten Stahlwerke Bürbacher-Gieß-Eichendorff und des Schlesischen Bergwerksvereins, seit 1908 von 30 auf 50 Millionen erhöht. Die Diskonto-Gesellschaft, die kein eigenes Kapital besitzt, wird trotzdem zu einem der größten Unternehmen Deutschlands. Also nicht einmal das Privatgeheimtum an Kapital verleiht dieser Gesellschaft das gleiche, fremde Arbeit noch weiterhin sich anzulegen, in ganz bedeutendem Maße das deutsche Wirtschaftsleben von Breslau aus zu beeinflussen.

Die Aktionäre des Schlesischen Bergwerksvereins andererseits verhindern willig ihr Verwaltungsrécht, verwandeln sich in einfache Geldkapitalisten, wenn man ihnen nur eine hohe Rente sichert. Und was berechtigt dann diese der ursprünglich hohen Dividende von 12 und 14 Prozent? Sie geben doch selbst den Schein ihrer Unternehmensfähigkeiten als mitmachende Mitglieder der Generalversammlung auf. Kann man noch trocken behaupten, der Unternehmerprofit sei ein Resultat der Unternehmensfähigkeit?

Solche Interessengemeinschaften sind auch von anderen Unternehmen eingegangen worden. So von Krupp mit der Westfälischen Drahtindustrie. Die modernen "Unternehmer" sagen sich selber von ihrem "Unternehmerberuf" los, um mit einer sicheren Rente zu erhalten. Als wichtigster Reiz der Industrie treten nur wenige Berufe hervor, deren Stelle vom Staat leicht wird eingenommen werden können.

Meist aus allen diesen Gründen der Veteranen nicht anzieht, verfügte die Einigungsbehörde die Pfändung des Reichsgendarfols. Ein Völkerkämpfer erhält ein Jahrlich und nach seinem Dienstende und an einer krankhaften Heilanstalt lebende junge Mann sich "willig beschäftigte" und der Pfleger mit seinem Verhältnis völlig aufzuklären" sei.

Weil aus allen diesen Gründen der Veteranen nicht anzieht, verfügte die Einigungsbehörde die Pfändung des Reichsgendarfols. Ein Völkerkämpfer erhält ein Jahrlich und nach seinem Dienstende und an einer krankhaften Heilanstalt lebende junge Mann sich "willig beschäftigte" und der Pfleger mit seinem Verhältnis völlig aufzuklären" sei.

Will, 400 Millionen kann man als Überschuss bezeichnen, für den ein auswärtiger Markt gesucht werden muß. Es ist aber ohne weiteres klar, daß durch eine nur geringe Erhöhung des Inlandssums, sei es der Arbeitern, sei es der Kapitalistenflöse, auch für diese 225 bis 400 Millionen ein Markt gefunden werden könnte. Davor schon abgesehen, daß dieses Werk an Produkten, das auswärtig wird, vielleicht die Technik verbessert wäre. Der Unternehmer transportiert nach dem Ausland Maschinen, weil das dort angelegte Kapital ihm höhere Profits verspricht, ebenso wie der Goldkapitalist die ausländische Rente lieber kauft als die einheimische, weil der ausländische Staat ihm höhere Zinsen zahlt. Außerdem wird der Inlandsmarkt durch den niedrigen Lohn sowie durch den Spartrieb des Kapitalisten, der sein Kapital auch auf Kosten des persönlichen Konsums vergrößert, eingeengt. Sollte sich aber keine lohnende Anlage dar, so wird der Kapitalist wohl mehr selbster konzentrieren. Oder will er sein Kapital vergrößern und es im Ausland verwenden, so wird die Nachfrage nach Arbeitern den Lohn erhöhen, die Warenpreise herabdrücken und dadurch wird der innere Markt angehoben. Natürlich liegt in diesem Falle der Kapitalgewinn, und um dieses Ziel zu verhindern, wird das Kapital ausgeführt, der Lohn gedrückt und der einheimische Markt eingeschränkt.

#### Krediten & Wiken o. Kunit

Die Darmstädter Bank hat vor einigen Tagen die Breslauer Diskonto-Bank übernom



